

Große Lehrbücher

Verfassungsrecht : Band I

Grundlagen, Staatsorganisationsrecht, Bezüge zum Völker- und Europarecht

von
Prof. Dr. Michael Kloepfer

1. Auflage

Verfassungsrecht : Band I – Kloepfer

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Staatsrecht, Staatslehre



Verlag C.H. Beck München 2011

Verlag C.H. Beck im Internet:
www.beck.de

ISBN 978 3 406 59526 4

beck-shop.de

MICHAEL KLOEPFER

VERFASSUNGSRECHT I

(Grundlagen, Staatsorganisationsrecht, Bezüge zum
Völker- und Europarecht)

beck-shop.de

beck-shop.de

Verfassungsrecht I

– Grundlagen, Staatsorganisationsrecht, Bezüge zum
Völker- und Europarecht –

von

DR. MICHAEL KLOEPFER
o. Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin



C. H. BECK'SCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG
MÜNCHEN 2011

beck-shop.de

Verlag C. H. Beck im Internet:
beck.de

ISBN 9783406595264

© 2011 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Bercker Graf. Betrieb GmbH,
Hooge Weg 100, Kevelaer

Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Ist die Verfassung die Kraft, die ein Gemeinwesen im Innersten zusammenhält? Vielleicht überschätzt diese Frage die reale Kraft einer erfolgreichen Verfassung. Immerhin wird nicht zu bestreiten sein, dass eine Verfassung für das Gelingen eines Gemeinwesens unverzichtbar ist. Dabei ist die Verfassung nicht mehr allein auf den Staat bezogen, sondern auf das Gemeinwesen und seine Rechtsordnung insgesamt. Daraus folgt, dass das Verfassungsrecht sich heute über die gesamte Rechtsordnung legt und diese „konstitutionalisiert“. Sie gerät zu einem überdachenden Metarecht – weit über den ursprünglichen Bereich des Staatsrechts hinaus. Das vorgelegte Werk trägt deshalb den Titel „Verfassungsrecht“. Es befasst sich mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und behandelt dabei in vier Teilen das Staatsorganisationsrecht, die Grundrechte, die zahlreichen verfassungsrechtlichen Teilordnungen (wie z. B. Finanzverfassung, Staatskirchenrecht, Notstandsverfassung, Wehrverfassung) und die verfassungsrechtlichen Bezüge zum Europa- und Völkerrecht in einer zusammenfassenden systematischen Darstellung.

Der größte Teil der Schlussphase des Werkes fiel in das Jahr 2009, in dem der 60. Geburtstag des Grundgesetzes ausgiebig und fast durchweg positiv gefeiert wurde. Richtig ist, dass das Grundgesetz die beste aller bislang effektiven Verfassungen in Deutschland darstellt. Dies darf den Wissenschaftler allerdings nicht davon abhalten, die formellen, vor allem aber die materiellen und konzeptionellen Schwächen des Grundgesetzes einschließlich der Herausforderungen der Gegenwart an die Verfassung zu beleuchten. Dem dienen u. a. die in den einzelnen Teilen aufgenommenen „Ausblick[e]“, in denen zudem aktuelle und künftige Probleme der jeweiligen Verfassungsmaterien angesprochen werden.

Das Werk erscheint zu einer Zeit, die – jedenfalls kurzfristig – eine relative Stabilität des Verfassungsrechts verspricht. Die Föderalismusreform II ist als bislang letzte große Verfassungsreform verabschiedet worden, und mit dem Ende der Großen Koalition und dem Beginn der schwarz-gelben Koalition sind Verfassungsänderungen politisch schwieriger geworden. Im Übrigen ist durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und durch das – für das deutsche Verfassungsrecht – klarstellende Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2009 die verfassungsrechtliche Entwicklung auf der europäischen Ebene für die kommenden Jahre ebenfalls teilweise vorgezeichnet.

Das Werk ist ursprünglich aus den Manuskripten für die verschiedenen verfassungsrechtlichen Vorlesungen hervorgegangen, die ich jahrzehntelang an der Universität Trier und der Humboldt-Universität zu Berlin gehalten und immer wieder fortgeschrieben und ergänzt habe. Das Buch wurde in den frühen achtziger Jahren in Trier begonnen und konnte nun in Berlin beendet werden. Seit seiner „Grundsteinlegung“ ist Vieles geschehen: Die Wiedervereinigung und die Demokratisierung der ost- und zentraleuropäischen Staaten, die Terroranschläge von New York und Washington im Jahre 2001, die Finanzkrise von 2008–2010 und schließlich der Umbau der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union als verfasster supranationaler Staatenverbund sind die wichtigsten politischen Ereignisse, die auch den Autor selbst – bewusst und unbewusst – erheblich geprägt und verändert haben. Aus verfassungsrechtlicher Sicht fallen in die Entstehungszeit dieses Buches etwa 25 Grundgesetzänderungen und ca. 50 Bände der Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts. Wichtige Entscheidungen vieler anderer Gerichte (insbesondere auch des EuGH und des Bundesverwaltungsgerichts) und eine fast springflutartige Publikationstätigkeit im Verfassungsrecht kommen hinzu. Dies alles musste fortlaufend in die verschiedenen jeweils bereits fertiggestellten Textteile eingearbeitet werden. Sollte das Werk überhaupt noch fertig werden, war insbesondere nur ein sehr selektiver Zugriff auf das Schrifttum möglich.

Während der langen Bearbeitungszeit haben viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wertvolle Hilfe geleistet. Vor allem in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts waren dies

beck-shop.de

Vorwort

insbesondere meine Assistenten PD Dr. *Thilo Brandner* (†), Dr. *Matthias Lang* und Dr. *Bernd Ochtendung*, die bei der Erarbeitung des Fundaments des Werkes beteiligt waren. Vor allem aber hat Dr. *Matthias Rossi*, inzwischen Professor in Augsburg, danach viele Jahre maßgeblich und prägend an diesem Buch mitgearbeitet. In den letzten Jahren haben noch viele weitere Mitarbeiter zum Gelingen des Werkes beigetragen. Ich nenne insbesondere PD Dr. *Kai v. Lewinski*, *David Bruch*, Dr. *Matthias Diehr*, *Hendrik Leupold*, Dr. *Fabian Quast* und *Mirko Zorn* sowie *Holger Greve*, *Frederik Kahrl*, Dr. *Sophie-Charlotte Lenski*, *Julian v. Lucius*, *Kristina Plinke* und Dr. *Steffen Hindelang*. Von den vielen studentischen Hilfskräften, die an dem Werk mitgearbeitet haben, seien hier – in einer frühen Phase – *Philipp Fischer* und die bei der Erstellung der Druckfassung des Buches sowie insbesondere der Inhalts- und Sachverzeichnisse eingesetzten *Jonas Brost*, *Maximilian Kreßner*, *Rico Neugärtner*, *Christian Pieper* und *Tom Pleiner* hervorgehoben. Allen Mitarbeitern danke ich für ihren unermüdlichen Einsatz.

Das Werk erscheint in zwei Bänden, die nahezu gleichzeitig vorgelegt werden und in fortlaufender Paragraphengliederung geschrieben sind. Der Band I (§§ 1–44) umfasst die Grundlagen, das Staatsorganisationsrecht einschließlich der verfassungsrechtlichen Teilordnungen und die verfassungsrechtlichen Bezüge zum Völker- und Europarecht, der Band II (§§ 45–77) behandelt die Grundrechte, und zwar die allgemeinen Grundrechtslehren ebenso wie die einzelnen Grundrechte.

Das Buch berücksichtigt den Rechtsstand Anfang 2010; teilweise konnten aber spätere Entscheidungen und Gesetzesänderungen in den Druckfahnen noch nachgetragen werden. Erst in der Schlussphase des Werkes sind die Föderalismusreform II und vor allem der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten. Deshalb sind hier neben der Darstellung der allerneuesten Rechtslage noch in stärkerem Maße Hinweise auf die alte Rechtslage enthalten. Anregungen, Kritik und Korrekturen sind willkommen (Prof. Dr. Michael Kloepfer, Juristische Fakultät, Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, michael.kloepfer@rewi.hu-berlin.de).

Berlin, im September 2010

Michael Kloepfer

Inhaltsübersicht

Band I

Inhaltsverzeichnis	XI
Schrifttum	LV
Abkürzungsverzeichnis	LIX

1. Teil. Grundlagen

§ 1. Staat und Verfassung	1
§ 2. Verfassung und Geschichte	46
§ 3. Landesverfassungsrecht	93
§ 4. Allgemeine Aspekte des Grundgesetzes	122
§ 5. Perspektiven der Verfassung	137

2. Teil. Staatsorganisationsrecht

1. Kapitel. Staatsstrukturprinzipien, Staatsziele

§ 6. Allgemeines	149
§ 7. Demokratie	153
§ 8. Republik	221
§ 9. Bundesstaat	225
§ 10. Rechtsstaat	295
§ 11. Sozialstaat	358
§ 12. Umweltstaat, Tierschutz	382
§ 13. Kulturstaat?	406

2. Kapitel. Verfassungsorgane

§ 14. Allgemeines	417
§ 15. Bundestag	421
§ 16. Bundesrat	500
§ 17. Bundespräsident	530
§ 18. Bundesregierung	570
§ 19. Bundesverfassungsgericht	631

3. Kapitel. Staatsfunktionen

§ 20. Allgemeines	693
§ 21. Gesetzgebung	695
§ 22. Vollziehende Gewalt	770
§ 23. Rechtsprechung	813

4. Kapitel. Verfassungsrechtliche Teilordnungen

§ 24. Allgemeines	837
§ 25. Wirtschaftsverfassung	839
§ 26. Finanz- und Haushaltsverfassung, Währungsverfassung	855
§ 27. Staatskirchenrecht	940
§ 28. Notstandsverfassung, Wehrhafte Demokratie	980
§ 29. Wehrverfassung	1015

Inhaltsübersicht

3. Teil. Bezüge zum Völker- und Europarecht

1. Kapitel. Außenbezüge der Verfassung

§ 30. Konstellationen der Außenbezüge der Verfassung	1041
§ 31. Internationales Verfassungsrecht	1044
§ 32. Grundgesetzbezüge zum Völker- und Europarecht als verfassungsrechtliche Teilordnungen	1047

2. Kapitel. Bezüge zum Völkerrecht

§ 33. Kurzübersicht über das Völkerrecht	1049
§ 34. Völkerrecht und nationales Recht	1063
§ 35. Völkerrecht und Grundgesetz	1072
§ 36. Deutschland in ausgewählten internationalen Organisationen	1111
§ 37. Menschenrechtsschutz	1126
§ 38. Ausblick	1137

3. Kapitel. Bezüge zum Europarecht

§ 39. Entwicklung und Gegenwart der Europäischen Integration	1141
§ 40. Strukturen und Organe der EU	1160
§ 41. EU als Rechtsgemeinschaft/Rechtsunion	1185
§ 42. Europäisches Recht und mitgliedstaatliches Recht	1225
§ 43. Europäische Integration und Grundgesetz	1243
§ 44. Ausblick	1261
Sachverzeichnis	1267

Inhaltsübersicht

Band II

4. Teil. Grundrechte

1. Kapitel. Allgemeine Grundrechtslehren

- § 45. Geschichte der Grundrechte
- § 46. Geltungsgrund, Grundrechtstypisierungen, Geltungsbereich
- § 47. Grundrechte außerhalb des Grundgesetzes
- § 48. Grundrechtsfunktionen
- § 49. Grundrechtsberechtigte
- § 50. Grundrechtsverpflichtete
- § 51. Schutzbereich, Eingriff, Schranke, Schranken-Schranke
- § 52. Konkurrenzen, Konzertierungen und Kollisionen von Grundrechten
- § 53. Exkurs: Grundpflichten
- § 54. Perspektiven der Grundrechte

2. Kapitel. Einzelne Grundrechte

- § 55. Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG)
- § 56. Freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG)
- § 57. Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG)
- § 58. Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 S. 2, Art. 104 GG)
- § 59. Gleichheit (Art. 3 GG)
- § 60. Glaubens- und Gewissensfreiheit (Art. 4 GG)
- § 61. Kommunikationsfreiheiten (Art. 5 Abs. 1, 2 GG)
- § 62. Kunst- und Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG)
- § 63. Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG)
- § 64. Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit (Art. 9 GG)
- § 65. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 GG)
- § 66. Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG)
- § 67. Ehe und Familie (Art. 6 GG)
- § 68. Schulwesen (Art. 7 GG)
- § 69. Freizügigkeit (Art. 11 GG)
- § 70. Berufliche Betätigung (Art. 12 GG)
- § 71. Wehrdienst, Ersatzdienst, Dienstverpflichtungen (Art. 12a GG)
- § 72. Eigentum und Erbrecht, Sozialisierung (Art. 14, 15 GG)
- § 73. Ausbürgerung, Auslieferung, Asyl (Art. 16, 16a GG)
- § 74. Rechtsschutzgarantie (Art. 19 Abs. 4 GG), allgemeiner Justizgewährleistungsanspruch
- § 75. Justizgrundrechte
- § 76. Petitionsrecht (Art. 17 GG)
- § 77. Widerstandsrecht (Art. 20 Abs. 4 GG)

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Band I

Inhaltsübersicht	VII
Schrifttum	LV
Abkürzungsverzeichnis	LIX

1. Teil. Grundlagen

§ 1. Staat und Verfassung

A. Staat	2
I. Begriff	2
II. Staat im Völkerrecht	3
III. Elemente des Staates	3
1. Staatsgebiet	3
a) Allgemeines	3
b) Besondere Grenzverläufe	3
c) Gebietshoheit	4
2. Staatsvolk	4
a) Allgemeines	4
b) Personalhoheit	5
c) Deutschen-Status	5
aa) Erwerb der Staatsangehörigkeit.....	5
bb) Abstammungsprinzip (ius sanguinis) und Territorialitätsprinzip (ius soli).....	5
cc) Erleichterte Einbürgerung.....	6
dd) Doppelte Staatsangehörigkeit.....	6
d) Statusdeutsche	7
e) Unionsbürgerschaft	7
3. Staatsgewalt	8
IV. Weitere Merkmale des Staates	9
V. Staatsraison	9
VI. Staat als Rechtsperson	10
VII. National- und Territorialstaat	11
VIII. Staatssymbole	12
1. Allgemeines	12
2. Bundesflagge	12
3. Bundeswappen	13
4. Nationalhymne	13
5. Weitere Formen staatlicher Repräsentation	13
IX. Hauptstadt	14
X. Staatssprache	15
1. Allgemeines	15
2. Grundgesetz und Sprache	16
XI. Staat und Gesellschaft	17
XII. Starker Staat – Schwacher Staat	18
B. Verfassung	18
I. Begriffe	18
1. Pouvoir constituant und pouvoir constituée	19

Inhaltsverzeichnis

2. Verfassung im formellen und im materiellen Sinne	20
3. Normative und tatsächliche Verfassung	21
II. Verfassungsrecht und Staatsrecht	21
III. Merkmale der Verfassung	22
1. Rang	22
2. Änderungsfestigkeit	22
3. Verbot der Durchbrechung	22
4. Ewigkeitsgarantie/Änderungsverbot	24
5. Materielle Kernaussagen?	25
IV. Arten der Verfassungsnormen	25
V. Verfassungsgewohnheitsrecht	26
VI. Verfassungsauslegung und Verfassungswandel	26
1. Grundsätzliches	26
2. Allgemeine Auslegungsregeln	27
a) Subjektive oder objektive Auslegung	27
b) Wörtliche Auslegung	28
c) Historische Auslegung	29
d) Systematische Auslegung	29
e) Teleologische Auslegung	30
f) Rechtsvergleichende Auslegung	31
3. Verfassungsspezifische Auslegungsprinzipien	31
a) Prinzip der Einheit der Verfassung	32
b) Prinzip der praktischen Konkordanz bzw. des schonenden Ausgleichs	32
c) Prinzip der integrierenden Wirkung	33
d) Prinzip der funktionellen Richtigkeit	33
e) Grundsatz der optimalen Verfassungswirksamkeit	33
4. Stiller Verfassungswandel	34
VII. Verfassungskonforme Auslegung	34
VIII. Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit	35
IX. Sicherung der Verfassung	36
1. Sicherung der Verfassungsnorm	36
2. Sicherung der Verfassungsbefolgung	36
a) Institutionelle Mittel	36
aa) Verfassungsbindung und Verfassungsvorrang	36
bb) Einschränkung von Grundrechtseingriffen	37
cc) Verfassungskontrollen	37
(1) Innerorgankontrolle und Interorgankontrolle	37
(2) Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit	38
(3) Kontrolle durch Beauftragte	39
(4) Parlamentarische Kontrollen	39
b) Informelle Mittel, Informationszugangsfreiheit	39
aa) Öffentlichkeit	39
bb) Medien, öffentliche Meinung	40
cc) „Verfassungserziehung“, Öffentlichkeitsarbeit	40
3. Sicherung in Krisensituationen und vor verfassungsfeindlichen Bestrebungen	41
a) Krisensituationen	41
b) Schutz vor verfassungsfeindlichen Bestrebungen	41
C. Verfassungsrecht in der Rechtsordnung	41
I. Verfassungsrecht und öffentliches Recht	41
1. Verfassungsrecht als Öffentliches Recht	41
a) Interessentheorie	42

Inhaltsverzeichnis

b) Subordinationstheorie (auch Subjektionstheorie)	42
c) Subjektstheorie (Sonderrechtstheorie)	42
2. Verfassungsrecht als Suprarecht	43
II. Verfassungsrecht und Unterverfassungsrecht	43
1. Allgemeines	43
2. Interpretationsleitende und verfassungskonkretisierende Gesetze	44
3. Verfassungsänderung und änderungsumsetzende Gesetze	44
4. Verfassungsrecht und Verwaltungsrecht	44
5. Verfassungsrecht als Abstrahierung aus Unterverfassungsrecht	45
III. Verfassungsrecht in Normsetzungsverbänden	45
§ 2. Verfassung und Geschichte	
A. Allgemeines	46
I. Verfassung als institutionelles Lernen aus Geschichte	46
II. Verfassungsrecht und Verfassungsgeschichte	47
B. Verfassungsentwicklung in Deutschland bis 1945	47
I. Heiliges Römisches Reich deutscher Nation	47
II. Verfassungsumbrüche am Ende des 18. Jahrhunderts	49
III. Deutscher Bund	50
IV. Landesverfassungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts	50
V. Paulskirchenverfassung von 1849	51
VI. Preußische Verfassung	52
VII. Reichsverfassung von 1871	53
1. Norddeutscher Bund als Vorstufe	53
2. Reichsgründung	54
3. Verfassungsentwicklung	55
4. Weltkrieg und Oktoberreform	56
VIII. Weimarer Reichsverfassung von 1919	56
IX. Nationalsozialismus 1933–1945	59
C. Verfassungsentwicklung in Deutschland von 1945 bis 1990	61
I. Besatzung	61
1. Gesamtdeutschland unter Besatzung	61
2. Westzone	62
3. Ostzone	62
4. Ostgebiete	63
5. Ende der Einheit	63
II. Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland bis 1990	63
1. Entstehung der Bundesrepublik Deutschland	63
a) Landesverfassungen	63
b) Initiativen der Westalliierten	64
c) Herrenchiemsee-Entwurf	64
d) Parlamentarischer Rat	64
e) Besatzungsmächte	65
f) Beschlussfassung durch die Landtage	65
2. Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland	66
a) Deutschlandvertrag 1952/1954	66
b) Wiederbewaffnung	67
c) Auf dem Weg nach Europa	68
d) Beitritt des Saarlands	68
e) „Wirtschaftswunder“	69
f) Ende des Wiederaufbaus	69
g) Umbruchsituationen	69
h) Neue Ostpolitik	69

Inhaltsverzeichnis

i) Kursumkehr	70
j) Fortentwicklung der Europäischen Integration	70
III. Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik	71
1. Entstehung der Deutschen Demokratischen Republik	71
2. Entwicklung bis 1968	71
3. Verfassung von 1968	72
4. Niedergang der Deutschen Demokratischen Republik	73
D. Wiedervereinigung beider deutscher Staaten	74
I. Fortbestand des Deutschen Reichs nach 1945?	74
1. Theorienstreit	74
a) Untergangstheorien	74
b) Fortbestandstheorien	74
2. Standpunkte der beiden deutschen Staaten	74
3. Ergebnis	75
II. Wiedervereinigung als Ziel	75
III. Wiederherstellung der staatlichen Einheit	76
1. Verträge zwischen beiden deutschen Staaten	76
2. Internationale Verträge	78
3. Rechtsqualität der Wiedervereinigung	78
4. Gesamturteil	79
E. Wichtige Änderungen des Grundgesetzes	79
I. Grundsätzliches	79
II. Realisierte Verfassungsänderungen	80
1. Wehrnovellen	80
2. Finanzverfassung	81
a) Allgemeines	81
b) Ausfüllung der Finanzverfassung 1956	82
c) Finanzreform 1967/1969	82
3. Notstands- und Wehrverfassung 1968	82
4. Wiedervereinigungsbedingte Verfassungsänderungen 1990	83
5. Europäische Union	83
6. Asylrecht	84
7. Privatisierungen	84
8. „Verfassungsreform“ von 1994	84
9. Großer Lauschangriff	85
10. Föderalismusreform I	86
11. Föderalismusreform II	87
12. Schwarz-gelbe Koalition	87
III. Nicht realisierte Verfassungsänderungen	88
IV. Diskutierte Verfassungsänderungen	89
1. Staatsstrukturprinzipien, Staatsziele	89
2. Wahlrecht, Staatsorgane	90
3. Direkte Demokratie	90
4. Wehrhafte Demokratie, Wehrverfassung	90
5. Bundesstaat	91
6. Grundrechte	91
§ 3. Landesverfassungsrecht	
A. Allgemeines	94
I. Ausgangslage	94
II. Bedeutung	97
III. Verhältnis von Bundesverfassung zu Landesverfassung	98
IV. Bundesverfassungsgericht und Landesverfassungsgerichte	99

Inhaltsverzeichnis

B. Landesverfassungsrecht der einzelnen Bundesländer	99
I. Baden-Württemberg	99
II. Bayern	100
III. Berlin	102
IV. Brandenburg	103
V. Bremen	105
VI. Hamburg	106
VII. Hessen	107
VIII. Mecklenburg-Vorpommern	108
IX. Niedersachsen	109
X. Nordrhein-Westfalen	111
XI. Rheinland-Pfalz	112
XII. Saarland	114
XIII. Sachsen	116
XIV. Sachsen-Anhalt	117
XV. Schleswig-Holstein	118
XVI. Thüringen	120
§ 4. Allgemeine Aspekte des Grundgesetzes	
A. Konzept und Selbstverständnis des Grundgesetzes	122
I. Übersicht	122
II. Einzelaspekte	122
1. Präambel	122
2. Vergangenheitsabkehr	124
3. Wehrhafte Demokratie	125
4. Verfassungseffektivität	126
5. Friedenssicherung und Kriegsverhinderung	127
6. Völkerrechtsfreundlichkeit	127
7. Vereinigung Europas	128
8. (Ursprüngliche) Vorläufigkeit der Verfassung	129
B. Aufbau und System des Grundgesetzes	130
I. Gesamtaufbau	130
II. Einzelaspekte	130
1. Grundrechte	130
2. Staatsorganisation	130
3. Übergangs- und Schlussvorschriften	131
III. Kritik	132
C. Geltungsbereich des Grundgesetzes	133
I. Allgemeines	133
II. Einzelabgrenzungen	133
1. Räumliche Geltung	133
2. Personelle Geltung	134
a) Deutsche Staatsgewalt	134
b) Deutsches Volk	134
c) Ausländer	135
3. Zeitliche Geltung	135
§ 5. Perspektiven der Verfassung	
A. Würdigung des Grundgesetzes	137
I. Vorzüge	137
II. Schwächen	138
1. Übersicht	138
2. Schwächen durch Verfassungsänderungen	138
	XV

Inhaltsverzeichnis

3. „Totes Holz“	139
4. Textliche und systematische Schwächen	140
III. Gesamtwürdigung	141
B. Mögliche Verfassungsänderungen	141
I. Allgemeine Änderungen	141
II. Strukturänderungen	142
III. Zukunftsfähigkeit	142
C. Zur Situation der Verfassungsrechtswissenschaft	143
D. Zukunftsaussichten des Verfassungsrechts	145
I. Verfassungszukunft	145
II. Verfassungsüberforderung	146
1. „Verfassungspatriotismus“	146
2. Verfassung als Weltanschauungsersatz?	146

2. Teil. Staatsorganisationsrecht

1. Kapitel. Staatsstrukturprinzipien, Staatsziele

§ 6. Allgemeines

A. Überblick über die Staatsstrukturprinzipien des Grundgesetzes	149
B. Bedeutung der verfassungsrechtlichen Staatsstrukturprinzipien	150
C. Abgrenzung zu Staatszielbestimmungen und Gesetzgebungsaufträgen	150

§ 7. Demokratie

A. Idee und Geschichte	153
B. Allgemeine Strukturmerkmale	154
I. Volkssouveränität	155
II. Freie Wahlen	157
III. Mehrheitsprinzip	157
1. Begründung des Mehrheitsprinzips	157
2. Mehrheitsbegriffe	159
a) Relative und absolute Mehrheit	159
b) Einfache und qualifizierte Mehrheit	160
c) Kombinationen	160
IV. Minderheitenschutz	160
1. Allgemeines	160
2. Rolle der Opposition	161
3. Minderheitenschutz im Einzelnen	162
4. Grundsatz der Reversibilität – Herrschaft auf Zeit	165
5. Demokratische Grundrechte	166
C. Besondere Ausprägungen im Grundgesetz	167
I. Volk im Sinne von Art. 20 Abs. 2 S. 1 GG	168
II. Repräsentative Demokratie	169
III. Ausübung der Staatsgewalt in Wahlen	170
1. Allgemeines zu den Wahlrechtsgrundsätzen	170
2. Einzelne Wahlrechtsgrundsätze	173
a) Allgemeinheit der Wahl	173
b) Gleichheit der Wahl	174
c) Unmittelbarkeit der Wahl	177
d) Freiheit der Wahl	178
e) Geheimheit der Wahl	179
f) Periodizität der Wahlen	180
g) Öffentlichkeit der Wahl	181

Inhaltsverzeichnis

3. Wahlsystem	181
a) Allgemeines	181
b) Mehrheitswahlsystem	182
c) Verhältniswahlsystem	183
4. Mathematische Verfahren im System der Verhältniswahl	184
5. Wahlrecht für Ausländer	184
IV. Ausübung der Staatsgewalt in Abstimmungen	185
1. Allgemeines	185
2. Allgemeines zu Volksabstimmungen	185
a) Begriffe und Strukturen	185
b) Volksbefragungen	186
c) Volksinitiative, Volksbegehren	186
d) Volksentscheide	187
e) Kombination der verschiedenen Formen	187
3. Bestehende Möglichkeiten für Volksabstimmungen	187
4. Künftige Möglichkeiten für Volksabstimmungen nach dem Grundgesetz	189
V. Demokratische Legitimation staatlichen Handelns	190
1. Notwendigkeit demokratischer Legitimation	190
2. Formen demokratischer Legitimation	190
3. Demokratische Legitimation der gesetzgebenden Organe	192
a) Allgemeines	192
b) Zum Parlamentsvorbehalt	192
4. Demokratische Legitimation der Organe der Exekutive	194
5. Demokratische Legitimation der Organe der Judikative	196
D. Parteiendemokratie	196
I. Grundsätzliche Bedeutung politischer Parteien	196
II. Verfassungsrechtlicher Parteibegriff	198
III. Verfassungsvorgaben für die Binnenstruktur der Parteien	199
IV. Gründungs- und Betätigungsfreiheit	200
V. Chancengleichheit	201
VI. Parteienfinanzierung	203
1. Allgemeines	203
2. Finanzierungsprinzipien	203
a) Selbstfinanzierung	203
b) Staatliche Finanzierung	203
c) Rechenschaftspflicht	205
VII. Privilegierungen der politischen Parteien	206
1. Parteienprivileg bei Parteiverboten	207
a) Allgemeines	207
b) Materielle Verbotsvoraussetzungen	207
c) Entscheidungsmonopol des Bundesverfassungsgerichtes	208
2. Gesetzliche Privilegierungen	210
VIII. Prozessuale Stellung politischer Parteien	210
E. Konzept der wehrhaften Demokratie	211
F. Völker- und Europarecht	212
I. Völkerrecht	212
II. Europarecht	212
G. Ausblick	214
I. Demokratie und inhaltliche Repräsentation	214
II. Demokratie und Massenmedien	215
III. Parteienherrschaft und Demokratie	216
IV. Exekutivlastigkeit und Demokratie	218

Inhaltsverzeichnis

V. Demokratie und Zukunftsverantwortung	218
VI. Begrenzung demokratischer Entscheidungen?	220
§ 8. Republik	
A. Bekenntnis des Grundgesetzes zur republikanischen Staatsform	221
B. Bedeutungsgehalt des republikanischen Prinzips	222
C. Konkretisierungen des republikanischen Prinzips im Grundgesetz	223
D. Völker- und Europarecht	223
E. Ausblick	224
§ 9. Bundesstaat	
A. Begriff des Bundesstaates	226
I. Bundesstaat im Allgemeinen	226
II. Bundesstaat des Grundgesetzes	227
1. Allgemeines	227
2. Zweigliedriger Bundesstaat	228
3. Labiler Bundesstaat	229
4. Kooperativer und kompetitiver Föderalismus	229
B. Geschichtliches	230
I. Entwicklung bis 1806	230
II. 1806 bis 1867	230
III. 1867 bis 1871	231
IV. 1871 bis 1919	232
V. 1919 bis 1933	232
VI. 1933 bis 1945	232
VII. 1945 bis 1949	233
VIII. DDR	234
IX. Bundesrepublik Deutschland	234
X. Wiedervereinigung	234
XI. Föderalismusreform I	235
XII. Föderalismusreform II	235
XIII. Weitere Reformen des Bundesstaates?	236
C. Vor- und Nachteile der bundesstaatlichen Ordnung	236
I. Vorteile	236
1. Vielfaltsichernde Funktion	236
2. Freiheitsgarantierende Funktion	237
3. Demokratieverstärkende Funktion	237
4. Auflockerung der politischen Parteien	237
5. Effizienz- und wettbewerbssteigernde Funktion	238
6. Risikominimierungsfunktion	238
7. Integrationsfunktionen	238
II. Nachteile	239
1. Divergenz zwischen Problemraum und Kompetenzraum	239
2. Entscheidungsverwässerung, -verzögerung oder -verhinderung ...	239
3. Möglichkeit des Reformstaus	239
4. Verantwortungsvermischungen	240
5. Uneinheitliche Lebensumstände als Nachteil?	240
6. Nachteile im völkerrechtlichen Verkehr und europäischer Ebene?	240
III. Gesamtabwägung	241
D. Eigenstaatlichkeit von Bund und Ländern	241
I. Grundsatz der Eigenstaatlichkeit der Länder	241
II. Statusgleichheit der Bundesländer	243

Inhaltsverzeichnis

III. Homogenitätsprinzip als Grenze der Eigenstaatlichkeit	244
1. Allgemeines	244
2. Republikanischer Grundsatz	245
3. Demokratische Grundsätze	245
4. Sozialstaatliche Grundsätze	246
5. Rechtsstaatliche Grundsätze	247
6. Verpflichtung auf den Umweltschutz und auf den Tierschutz?	247
7. Garantenstellung des Bundes	248
8. Prozessuale Bedeutung des Homogenitätsprinzips	248
E. Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern	249
I. Sinn und Struktur der Aufgabenverteilung	249
II. Regelzuständigkeit der Länder (Art. 30 GG)	251
III. Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	252
1. Gesetzgebungsbefugnisse der Länder	252
2. Gesetzgebungsbefugnisse des Bundes	253
3. Zur neuen Abweichungsgesetzgebung	253
4. Grundsatzgesetzgebung	253
5. Kompetenzqualifikation und -verzahnung	254
IV. Verteilung der Verwaltungskompetenzen	254
V. Verteilung der Rechtsprechungskompetenzen	256
VI. Verteilung der Finanzierungskompetenzen	258
VII. Verteilung der Außenkompetenzen	259
VIII. Verteilung der Europakompetenzen	260
F. Verschränkung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern	260
I. Allgemeines	260
II. Einwirkungsmöglichkeiten des Bundes auf die Länder	261
III. Einwirkungsmöglichkeiten der Länder auf den Bund	262
IV. Gebot bundesfreundlichen Verhaltens	263
1. Grundsätzliches	263
2. Einzelausprägungen	265
a) Rücksichtnahme des Bundes auf die Interessen der Länder	265
b) Rücksichtnahme der Länder auf die Interessen des Bundes	266
c) Rücksichtnahme auf die Interessen der Länder untereinander	266
V. Kooperativer Föderalismus	267
G. Verhältnis von Bundes- zu Landesrecht	268
I. Kollisionen bei mehreren Rechtsetzungsebenen	268
II. Kollisionsregel des Art. 31 GG	269
1. Allgemeines	269
2. Tatbestandliche Voraussetzungen	270
3. Rechtsfolgen	271
4. Entscheidung über Kollision von Bundes- und Landesrecht	272
III. Spezialregelungen	272
1. Staatsorganisationsrecht der Länder – Homogenitätsklausel des Art. 28 Abs. 1 GG	272
2. Landesgrundrechte – Art. 142 GG	273
3. Zum Sonderfall der Abweichungsgesetzgebung	275
4. Auswirkungen von Änderungen der Kompetenzordnung – Art. 125 a, 125 b GG	275
IV. Normenhierarchie im Bundesstaat	276
H. Verfassungsrechtsstreite im Bundesstaat	276
I. Exkurs: Gemeinden im Bundesstaat	277
1. Gemeinden in der bundesstaatlichen Gliederung	277

Inhaltsverzeichnis

II. Funktionen der kommunalen Selbstverwaltung	278
1. Allgemeines	278
2. Demokratische Dezentralisation	278
3. Freiheitssichernde Funktion	280
4. Kontrollfunktion	280
III. Art. 28 Abs. 2 GG als institutionelle Garantie	280
1. Allgemeines	280
2. Einzelgehalte	280
IV. Eigenverantwortliche Wahrnehmung der örtlichen Angelegenheiten	282
1. Grundsätzliches	282
2. Alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft	282
3. Eigenverantwortliche Aufgabenwahrnehmung	283
a) Gebietshoheit	283
b) Organisationshoheit	284
c) Personalhoheit	284
d) Satzungsautonomie der Gemeinden	284
e) Planungshoheit	284
f) Finanzhoheit	285
g) Haushaltshoheit	285
V. Gesetzesvorbehalt	285
1. Bedeutung für die Gemeinden	285
2. Bedeutung für die Gesetzgeber	286
VI. Besonderheiten bei Gemeindeverbänden	287
VII. Kommunalaufsicht der Länder	288
J. Völker- und Europarecht	288
I. Völkerrecht	288
II. Europarecht	288
K. Ausblick	290
I. Erosion der Bundesstaatlichkeit	290
II. Exekutiv-Föderalismus	290
III. Reformen	291
1. Entflechtung	291
2. Föderalismusreform I und Föderalismusreform II	292
3. Wettbewerbsföderalismus	293
4. Neugliederung des Bundesgebiets	293
5. Gemeindepräsenz auf Bundesebene?	294
6. Fazit	294

§ 10. Rechtsstaat

A. Allgemeines	296
I. Idee und Geschichte	296
II. Formeller und materieller Rechtsstaat	298
III. Aspekte und Funktionen	299
IV. Reichweite	301
B. Elemente des Rechtsstaats	302
I. Übersicht	302
II. Verfassungs- und Grundrechtsbindung aller Staatsgewalt	302
1. Grundsätzliches	302
2. Verfassungsmäßigkeit der Gesetzgebung	303
3. Grundrechtsbindung aller Staatsgewalten	303
III. Gewaltenteilung	304
1. Allgemeines	304

Inhaltsverzeichnis

2. Gewaltenverschränkung statt Gewaltenteilung	306
a) Inkongruenz zwischen funktionaler und organisatorischer Gewaltenteilung	307
b) Zusätzliche Gewaltenteilung durch Bundesstaatlichkeit	309
c) Europarechtlich bedingte Modifizierungen der Gewaltenver- schränkung	310
3. Schutz der Kernbereiche der einzelnen Gewalten	311
4. Gewaltenteilung im Parteienstaat	313
5. Verbot des Formenmissbrauchs	313
IV. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	314
1. Allgemeines	314
2. Gesetzesarten	314
a) Überblick	314
b) Formelle und materielle Gesetze	314
c) Normenhierarchie	315
3. Vorrang des Gesetzes	316
a) Allgemeines	316
b) Geltungsumfang des Vorrangs des Gesetzes	316
c) Ermessensentscheidungen der Verwaltung	317
4. Vorbehalt des Gesetzes	318
a) Allgemeines	318
b) Eingriffs- und Leistungsverwaltung	318
c) Wesentlichkeitstheorie	320
5. Ermächtigung der Verwaltung zur Normsetzung	322
6. Organisation und Verfahren der Verwaltung im Rechtsstaat	322
V. Gesetzesbindung der Rechtsprechung	323
VI. Rechtsklarheit, Bestimmtheit, Rechtssicherheit	324
1. Rechtsklarheit	324
2. Bestimmtheit	325
a) Allgemeiner Bestimmtheitsgrundsatz	325
b) Besondere Bestimmtheitsgrundsätze	326
c) Sonderfragen	327
3. Rechtssicherheit	328
a) Allgemeines	328
b) Vertrauensschutz	329
c) Grenze der Rückwirkung von Gesetzen	330
aa) Allgemeines Rückwirkungsverbot	330
bb) Rückwirkungsverbot des Art. 103 Abs. 2 GG	333
VII. Übermaßverbot	334
1. Allgemeines	334
2. Zielbestimmung, Ziellegitimität	337
3. Geeignetheit der Mittel	337
4. Erforderlichkeit der Mittel	338
5. Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne, Zumutbarkeit	339
6. Übermaßverbot und Verwaltung	341
7. Übermaßverbot und Rechtsprechung	341
8. Untermaßverbot	342
VIII. Rechtsstaatlicher Rechtsschutz	342
1. Allgemeines	342
2. Rechtsstaatliche Verfahrensgrundsätze	343
a) Grundsätzliches	343
b) Allgemeine Verfahrensgrundsätze	343
c) Strafverfahrensgrundsätze	343

Inhaltsverzeichnis

IX. Staatshaftung und Entschädigung	344
1. Allgemeines	344
2. Amtshaftung	346
3. Enteignung und Aufopferung	347
a) Allgemeines	347
b) Enteignung und ausgleichspflichtige Inhalts- und Schrankenbestimmung	348
c) Anspruch aus enteignendem und enteignungsgleichem Eingriff	348
d) Anspruch aus Aufopferung i. e. S. und aufopferungsgleichem Eingriff	350
4. Öffentlich-rechtlicher Folgenbeseitigungsanspruch	350
X. Gerechtigkeitsverwirklichung	351
C. Völker- und Europarecht	352
I. Völkerrecht	352
II. Europarecht	353
D. Ausblick	354
I. Erfolge des Rechtsstaates	354
II. Gefährdungen des Rechtsstaates	354
III. Strukturelle Rechtsstaatsprobleme	355
IV. Lösungsansätze	357

§ 11. Sozialstaat

A. Grundsätzliches	358
I. Idee und Geschichte	358
II. Verortung im Grundgesetz	359
III. Allgemeine Bedeutung	360
B. Konkrete Inhalte	362
I. Soziale Sicherheit	363
1. Sicherung einer menschenwürdigen Existenzgrundlage	363
2. Soziale Sicherung	364
3. Arbeitnehmerschutz	365
4. Staatliche Daseinsvorsorge	365
II. Soziale Gerechtigkeit	366
C. Sozialstaatsverpflichtete Gewalten	367
I. Ausgangspunkt	367
II. Gesetzgebung	368
1. Weiter Gestaltungsspielraum	368
2. Gesetzliche Konkretisierungen der Sozialstaatlichkeit	369
a) Sozialrechtliche Regelungen	369
b) Zivilrechtliche Regelungen	370
c) Auswirkungen auf das Strafrecht	370
d) Auswirkungen auf das Prozessrecht	371
e) Auswirkungen auf das Steuerrecht	371
III. Vollziehende Gewalt	372
IV. Rechtsprechung	373
D. Sozialstaatsprinzip als unmittelbare Anspruchsgrundlage?	373
I. Grundsatz: Kein subjektives Recht	373
II. Ausnahmen	374
E. Verhältnis zu anderen Verfassungsnormen	376
I. Verhältnis zu anderen Strukturbestimmungen	376
II. Verhältnis zu den Grundrechten	377

Inhaltsverzeichnis

F. Völker- und Europarecht	378
I. Völkerrecht	378
II. Europarecht	378
G. Ausblick	380
I. Erfolge des Sozialstaats	380
II. Gefährdungen des Sozialstaats	380
III. Abhilfemöglichkeiten	380
§ 12. Umweltstaat, Tierschutz	
A. Entstehung der Staatszielbestimmungen Umweltschutz und Tierschutz	383
I. Staatsziel Umweltschutz	383
II. Staatsziel Tierschutz	385
B. Art. 20a GG als Bestimmung von Staatszielen	387
C. Art. 20a GG als Staatsstrukturbestimmung	389
D. Verhältnis zu den sonstigen Verfassungsgehalten	389
I. Andere Verfassungsprinzipien	389
II. Grundrechte	390
E. Staatsziel- bzw. Staatsstrukturverpflichtete	391
I. Ausschließliche Bindung des Staates	391
II. Bindungen der staatlichen Gewalten	392
1. Allgemeines	392
2. Bedeutung für die Gesetzgebung	392
3. Bedeutung für die vollziehende Gewalt	393
4. Bedeutung für die Rechtsprechung	393
F. Verfassungs- und Maßgabevorbehalt	394
G. Inhalt der Staatsziel- bzw. Staatsstrukturbestimmungen	395
I. „Natürliche Lebensgrundlagen“	395
II. Tiere	396
III. „Schutz“	397
IV. Anthropozentrik gegen Ökozentrik	397
V. Nachweltschutz	399
H. Völker- und Europarecht	400
I. Völkerrecht	400
II. Europarecht	401
I. Ausblick	402
I. Vor- und Nachteile	402
II. Formulierungsschwächen und Konzept des Art. 20a GG	403
III. Prognose	404
§ 13. Kulturstaat?	
A. Kultur und ihre Verfassung	406
I. Begriffliches	406
II. Bedeutende Verfassungsvorschriften	407
B. Staatsziel Kultur	408
I. Bisherige Regelungen	408
II. Verfassungsrechtlicher status quo	409
1. Kultur im Grundgesetz	409
2. Ungeschriebenes Staatsziel?	409
III. Staatsziel Kultur als verfassungspolitische Forderung	410
1. Bisherige politische Ansätze	410
2. Mögliche rechtliche Folgen	411
a) Auswirkungen auf subjektive Rechte	411
b) Handlungspflichten	412

Inhaltsverzeichnis

3. Mögliche politische Folgen	413
4. Fazit	413
C. Völker- und Europarecht	413
I. Völkerrecht	413
II. Europarecht	414
D. Ausblick	415

2. Kapitel. Verfassungsorgane

§ 14. Allgemeines

A. Grundsätzliches	417
B. Begrifflichkeiten	418
C. Verfassungsorganstreue	419
D. Protokollarische Rangfolge	419

§ 15. Bundestag

A. Bundestag im Verfassungsgefüge	422
B. Funktionen des Bundestages	424
I. Gesetzgebungsfunktion	425
1. Allgemeines	425
2. Materielle Parlamentsgesetze	425
3. Haushaltsgesetze	426
4. Mitwirkung an Rechtsverordnungen	426
II. Kurationsfunktion	426
1. Kuration von Organen	426
2. Kuration anderer Verfassungsorgane	427
III. Kontrollfunktion	428
1. Allgemeines	428
2. Untersuchungsrechte	428
3. Kontrolle der Streitkräfte	430
4. Kontrolle in Haushaltsfragen	430
IV. Öffentlichkeitsfunktion	430
C. Bildung, Zusammensetzung und Auflösung	431
I. Wahl und Wahlprüfung	431
1. Wahl	431
2. Wahlprüfung	434
a) Allgemeines	434
b) Verfassungsrechtliche Vorgaben	434
c) Gesetzliche Ausgestaltung	435
II. Periodizität der Wahl und Diskontinuität des Parlaments	436
1. Grundsatz der Periodizität der Wahl	436
2. Grundsatz der Diskontinuität	438
a) Personelle und sachliche Diskontinuität	438
b) Organschaftliche Kontinuität	439
III. Vorzeitige Auflösung des Bundestages	439
1. Grundsätzliches	439
2. Auflösungsvoraussetzungen	440
a) Keine Wahl eines neuen Bundeskanzlers	440
b) Kein Vertrauen in den gewählten Bundeskanzler	440
c) Auflösungsgerichtete, „unechte“ Vertrauensfrage	441
D. Stellung der Abgeordneten	441
I. Mitgliedschaft im Bundestag	441

Inhaltsverzeichnis

1. Erwerb der Mitgliedschaft im Bundestag	442
2. Inkompatibilitäten	442
3. Verlust der Mitgliedschaft	443
II. Abgeordnetenstatus	444
1. Grundsätzliches	444
2. Freiheit des Mandats	445
a) Allgemeines	445
b) Keine absolute Freiheit	446
c) Freies Mandat und Parteizugehörigkeit	446
3. Gleichheit der Mandate	449
4. Mitwirkungsrechte	450
a) Übersicht	450
b) Mitwirkungsrechte als Minderheitenschutz	450
III. Besondere Rechte der Abgeordneten	451
1. Immunität und Indemnität	451
a) Immunität	451
b) Indemnität	452
2. Zeugnisverweigerungsrecht, Beschlagnahmeverbot	453
3. Entschädigung und Versorgung der Abgeordneten („Diäten“)	453
4. Sonstige persönliche Rechte	454
IV. Prozessuale Rechte der Abgeordneten	455
V. Pflichten von Abgeordneten	455
E. Organisation des Bundestages	456
I. Geschäftsordnungsautonomie	456
1. Inhalt	457
2. Rechtsnatur und Rang	457
II. Leitungsorgane	457
1. Bundestagspräsident	457
a) Verfassungsrechtliche Vorgaben	457
b) Ausgestaltung in der Geschäftsordnung	458
c) Gesetzlich übertragene Aufgaben	459
2. Präsidium	459
3. Ältestenrat	460
4. Alterspräsident	460
III. Fraktionen, Gruppen, Opposition	461
1. Fraktionen	461
a) Allgemeines	461
b) Begriff der Fraktion	462
c) Aufgaben der Fraktionen	462
d) Rechtsnatur der Fraktionen	463
e) Befugnisse der Fraktionen	463
f) Prozessuale Stellung der Fraktionen	464
2. Gruppen	464
a) Begriff der Gruppe im Bundestag	464
b) Rechte der Gruppen im Bundestag	464
c) Prozessuale Stellung von Gruppen	465
3. Fraktions- bzw. gruppenlose Abgeordnete	465
4. Opposition	465
IV. Ausschüsse, Beiräte, sonstige Gremien	466
1. Allgemeines	466
2. Besondere Ausschüsse	467
a) Petitionsausschuss	467
b) Europaausschuss	468

Inhaltsverzeichnis

c) Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und Ausschuss für Verteidigung	468
aa) Gemeinsamkeiten der Ausschüsse für Auswärtiges und für Verteidigung	468
bb) Besonderheiten des Ausschusses für Verteidigung	469
d) Untersuchungsausschüsse	469
aa) Allgemeine Bedeutung und verfassungsrechtliche Vor- gaben	469
bb) Konkretisierung im PUAG	471
cc) Einsetzung eines Untersuchungsausschusses	472
dd) Untersuchungsgegenstand, Untersuchungszweck	473
ee) Rechte und Befugnisse	475
ff) Verfahren	477
3. Besondere Gremien	478
a) Enquête-Kommissionen	478
b) Besondere Gremien aus Geheimschutzgründen	480
aa) Begriff	480
bb) Arten der Gremien	480
cc) Gremien parlamentarischer Kontrolle	481
dd) Gremien rechtsstaatlicher Kontrolle	483
(1) Gremium nach Art. 13 Nr. 7 GG, § 23 c Abs. 8 Zoll- fahndungsgesetz	483
(2) G 10-Kommission	483
ee) Besetzung	485
ff) Verfassungsrechtliche Bedenken	486
4. Beiräte und Fachgremien	486
a) Allgemeines	486
b) Parlamentarischer Beirat i.e.S.	486
c) Sonstige Parlamentarische Beiräte	487
d) Beiräte unter Parlamentsbeteiligung	488
e) Büro für Technikfolgenabschätzung	488
5. Kuratorien und Verwaltungsräte	489
V. Parlamentsbeauftragte	489
1. Begriff	489
2. Wehrbeauftragter	490
3. Parlamentsdienende Beauftragte	491
a) Beauftragter für den Datenschutz und die Informationsfrei- heit	491
b) Beauftragter für die Unterlagen der ehemaligen DDR-Staats- sicherheit	493
c) Beauftragter für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung	493
VI. Bundestagsverwaltung und Wissenschaftlicher Dienst	494
F. Verfahrensgrundsätze des Bundestages	495
I. Allgemeines	495
II. Selbstversammlungsrecht	495
III. Öffentlichkeit	495
IV. Abstimmungen	496
1. Allgemeines	496
2. Mehrheit	496
3. Beschlussfähigkeit	497
4. Pairing	497
G. Ausblick	497

Inhaltsverzeichnis

§ 16. Bundesrat

A. Allgemeines	500
I. Bundesrat und Bundesstaat	500
II. Länderkammer in der Geschichte	500
III. Interessenvertretung der Länder durch ein Organ des Bundes	502
IV. Bundesrat und Bundestag	502
V. Bundesrat und politische Parteien	503
B. Zusammensetzung	505
I. Bundesländer als institutionelle Mitglieder des Bundesrates	505
1. Allgemeines	505
2. Stimmengewichtung im Bundesrat	505
II. Landesvertreter als personelle Mitglieder des Bundesrates	506
1. Potentielle Mitglieder	506
2. Imperatives Mandat	507
3. Ende der Mitgliedschaft	507
4. Demokratische Legitimation der persönlichen Mitglieder	508
C. Organisation	508
I. Autonomie	508
II. Präsident und Präsidium	509
1. Wahl des Bundesratspräsidenten	509
2. Aufgaben des Bundesratspräsidenten	509
3. Probleme bei vorzeitigem Ausscheiden	510
4. Präsidium	510
III. Plenum	510
IV. Ausschüsse	511
V. Bundesratsverwaltung	511
D. Verfahren im Bundesrat	511
I. Sitzungen des Bundesrates	511
II. Verfahrensgrundsätze	512
III. Beschlussfassung	512
1. Beschlussfähigkeit	512
2. Erforderliche Mehrheit	513
3. Einheitliche Stimmenabgabe	513
E. Aufgaben und Befugnisse	514
I. Übersicht	514
II. Mitwirkung bei der Gesetzgebung des Bundes	515
1. Gesetzesinitiativrecht	516
2. Stellungnahmen zu Regierungsentwürfen	516
3. Anrufung des Vermittlungsausschusses	517
4. Entscheidung über Zustimmungsgesetze	517
5. Mitwirkung an Einspruchsgesetzen	518
6. Befugnisse im Gesetzgebungsnotstand	519
7. Einfluss auf Rechtsverordnungen	520
III. Mitwirkung bei der Verwaltung des Bundes	520
1. Mitwirkung beim Landesvollzug von Bundesrecht	521
a) Zustimmung zu allgemeinen Verwaltungsvorschriften etc.	521
b) Befugnisse in der Bundesaufsicht	521
2. Mitwirkung bei bundeseigener Verwaltung	521
3. Mitwirkung bei auswärtigen Angelegenheiten	521
4. Mitwirkung im Verteidigungsfall	522
IV. Sonstige Rechte und Befugnisse	523
1. Informationsanspruch gegenüber der Bundesregierung	523

Inhaltsverzeichnis

2. Anwesenheits- und Rederecht im Bundestag	523
3. Rechnungskontrolle	524
4. Kontrolle bei Notsituationen	524
5. Kurationsbefugnisse	524
6. Prozessuale Stellung des Bundesrates	525
F Bundesrat und Europäische Union	525
I. Mitwirkung der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union	525
II. Mitwirkung des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union	526
III. Europakammer des Bundesrates	527
G. Ausblick	527

§ 17. Bundespräsident

A. Allgemeines	530
I. Historische Entwicklung des Amtes	531
II. Funktionen	533
1. Allgemeines	533
2. Repräsentationsfunktionen	534
3. Integrationsfunktionen	534
4. „Staatsnotarielle“ Funktionen	535
5. Reservefunktionen	535
III. Verhältnis zu den anderen Bundesorganen	535
1. Verhältnis zum Bundestag	535
2. Verhältnis zum Bundesrat	536
3. Verhältnis zur Bundesregierung	536
4. Verhältnis zum Bundesverfassungsgericht	536
IV. Bisherige Bundespräsidenten	536
B. Wahl des Bundespräsidenten	537
I. Bundesversammlung	537
II. Wählbarkeit	538
III. Wahlverfahren	539
IV. Eidesleistung	540
C. Rechtsstellung des Bundespräsidenten	541
I. Status, Besoldung	541
II. Amtszeit und -dauer	542
III. Inkompatibilitäten	543
IV. Immunität	544
V. Vertretung des Bundespräsidenten	545
1. Bundesratspräsident als Vertreter des Bundespräsidenten	545
2. Verhinderungsgründe	546
3. Umfang der Vertretung	547
VI. Bundespräsidialamt	547
D. Aufgaben und Befugnisse	548
I. Übersicht	548
II. Außenvertretung	550
1. Allgemeines	550
2. Abschluss völkerrechtlicher Verträge	550
3. Beglaubigung und Empfang der Gesandten	551
4. Völkerrechtliche Repräsentation	551
III. Einbindung in die Regierungsbildung und Regierungsarbeit	552
1. Ernennung des Bundeskanzlers und der Bundesminister	552
2. Befugnisse in Regierungskrisen	553

Inhaltsverzeichnis

3. Genehmigung der Geschäftsordnung der Bundesregierung	553
4. Informationsrechte durch die Bundesregierung	554
IV. Einbindung in die Gesetzgebung	554
1. Übersicht	554
2. Einbindung in das normale Gesetzgebungsverfahren	554
a) Ausfertigung der Gesetze	554
b) Umfang der Prüfungsbefugnis des Bundespräsidenten	555
3. Funktionen im Gesetzgebungsnotstand	557
V. Kompetenzen im Verteidigungsfall	557
VI. Ernennung der Bundesrichter, Bundesbeamten, Offiziere und Unteroffiziere	558
VII. Begnadigung	558
VIII. Festsetzung der Staatssymbole, Ordensverleihung	560
IX. Gesetzlich zugewiesene Befugnisse	560
X. Prozessuale Rechtsstellung	561
E. Kontrolle des Bundespräsidenten	561
I. Allgemeines	561
II. Gegenzeichnungspflicht	562
1. Sinn der Gegenzeichnungspflicht	562
2. Gegenzeichnungspflichtige Anordnungen und Verfügungen	562
3. Person des Gegenzeichnenden	564
4. Form der Gegenzeichnung	564
5. Rechtswirkungen der Gegenzeichnung	564
III. Präsidentenanklage	565
1. Allgemeines	565
2. Verfahren	565
3. Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	566
4. Möglichkeit der einstweiligen Anordnung	567
F. Ausblick	567

§ 18. Bundesregierung

A. Begriff, Verfassungsposition, Verantwortung	570
I. Begriff	570
II. Verfassungsposition	571
III. Parlamentarische Verantwortung	572
B. Konstituierung der Bundesregierung	573
I. Wahl des Bundeskanzlers	574
1. Übersicht	574
2. Wählbarkeitsvoraussetzungen	574
3. Erste Wahlphase (Art. 63 Abs. 1, 2 GG)	575
a) Vorschlagsrecht	575
b) Verfahren	576
c) Erforderliche Mehrheit und Ernennung	576
4. Zweite Wahlphase (Art. 63 Abs. 3 GG)	577
a) Vorschlagsrecht	577
b) Verfahren	578
c) Erforderliche Mehrheit	578
5. Dritte Wahlphase (Art. 63 Abs. 4 GG)	578
a) Vorschlag	578
b) Verfahren	579
c) Erforderliche und erreichte Mehrheit	579
d) Wahlrecht des Bundespräsidenten	579
6. Ernennung durch den Bundespräsidenten	580

Inhaltsverzeichnis

II. Bestimmung der Bundesminister	580
1. Organisationsgewalt des Bundeskanzlers	580
2. Personelles Vorschlagsrecht des Bundeskanzlers	582
3. Ernennung	583
III. Eidesleistung der Regierungsmitglieder	584
IV. Inkompatibilitäten	584
V. Koalitionsvereinbarungen	585
1. Inhalt und Bedeutung	585
2. Rechtliche Qualifikation und Bindungswirkung	586
C. Amtszeit	587
I. Übersicht	587
II. Amtszeit des Bundeskanzlers	587
1. Reguläres Ende	588
2. Persönliche Gründe für vorzeitiges Ende der Amtszeit	588
3. Rücktritt des Bundeskanzlers	588
4. Abwahl durch konstruktives Misstrauensvotum	589
a) Allgemeine Bedeutung	589
b) Verfahrensvorgaben	590
c) Bedeutung für den neugewählten Bundeskanzler	591
d) Andere Missbilligungsformen	592
5. Vertrauensfrage	592
a) Allgemeine Bedeutung	592
b) Antrag des Bundeskanzlers	593
c) Abstimmung im Bundestag	594
d) Vorschlagsrecht des Bundeskanzlers	594
e) Auflösung des Bundestags durch den Bundespräsidenten	595
f) Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht	596
6. Kommissarische Amtsführung	596
III. Ende der Amtszeit der Bundesminister	597
1. Bundestagskonstituierung, Erledigung des Amtes des Bundes- kanzlers	598
2. Abhängigkeit vom Vertrauen des Bundeskanzlers	598
3. Verhältnis zum Bundestag	598
4. „Rücktritt“ eines Bundesministers	599
5. Sonstige Gründe der Erledigung des Amtes	599
6. Kommissarische Amtsführung	599
IV. Beendigung oder Entlassung	600
D. Organisationsstruktur	600
I. Entscheidungsverfahren	600
1. Allgemeines	600
2. Geschäftsordnung	600
a) Vorbehalt der Genehmigung durch den Bundespräsidenten.....	601
b) Rechtsnatur der Geschäftsordnung	601
c) Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien	602
II. Rechtsstellung der Regierungsmitglieder	602
1. Allgemeines	602
2. Bundeskanzler	603
a) Allgemeine Stellung	603
b) Stellvertreter des Bundeskanzlers	603
c) Bundeskanzleramt	604
3. Bundesminister	605
a) Allgemeines	605
b) Regierungs- und Verwaltungsaufgaben	605

Inhaltsverzeichnis

c) Stellung zum Parlament	606
d) Herausgehobene Bundesminister	607
aa) Übersicht	607
bb) Bundesfinanzminister	607
cc) Bundesverteidigungsminister	608
dd) Bundesjustizminister	608
III. Sonstige Beteiligte	609
1. Staatssekretäre und Staatsminister	609
a) Übersicht	609
b) Beamtete Staatssekretäre	609
c) Parlamentarische Staatssekretäre	609
d) Staatsminister	611
2. Ministerialbürokratie	612
3. Beauftragte der Bundesregierung	612
4. Beratungsgremien der Bundesregierung	614
IV. Innere Kompetenzverteilung	617
1. Übersicht	617
2. Kanzlerprinzip	618
a) Allgemeines	618
b) Richtlinienkompetenz	618
c) Geschäftsleitungskompetenz	619
3. Ressortprinzip	619
4. Kabinetts- oder Kollegialprinzip	620
5. Verhältnis der Prinzipien untereinander	621
a) Verfassungsrechtliche Vorgaben von Prinzipien	621
b) Gesetzliche Vorgaben	621
c) Zusammenspiel der Prinzipien	622
E. Aufgaben und Befugnisse	622
I. Administrative und gubernative Aufgaben	622
II. Überblick über ausdrücklich zugewiesene Befugnisse	623
III. Nicht ausdrücklich zugewiesene Aufgaben	624
1. Außenpolitik	624
2. Europapolitik	624
3. Öffentlichkeitsfunktion	624
F. Ausblick	627

§ 19. Bundesverfassungsgericht

A. Entwicklung und Bedeutung	632
I. Entwicklung	632
II. Bedeutung	635
B. Stellung und Aufgabe	635
I. Stellung	635
1. Unantastbarkeit	635
2. Gericht	636
a) Gerichtsqualität	636
b) Bindungskraft der Entscheidungen	636
3. Verfassungsorgan	636
4. Verfassungsgericht und politischer Prozess	637
II. Aufgaben	639
C. Zusammensetzung	640
I. Status und Wahl der Bundesverfassungsrichter	640
1. Wählbarkeitsvoraussetzungen	641

Inhaltsverzeichnis

2. Inkompatibilitäten	641
3. Wahl durch den Bundestag und den Bundesrat	641
II. Beendigung des Amtes des Bundesverfassungsrichters	643
III. Spruchkörper und Verwaltung des Bundesverfassungsgerichts	644
1. Senate	644
2. Kammern	645
3. Plenum	645
4. Präsident, Vizepräsident	646
5. Wissenschaftliche Mitarbeiter	646
6. Verwaltung des Bundesverfassungsgerichts	647
D. Zuständigkeiten des Bundesverfassungsgerichts	648
E. Allgemeine Verfahrensregelungen	649
I. Allgemeines	649
II. Antragserfordernis und Prozessvertretung	650
III. Keine umfassende Dispositionsmaxime	650
IV. Untersuchungsgrundsatz	651
V. Grundsatz der Öffentlichkeit	652
VI. Grundsatz der Mündlichkeit	652
VII. Mehrheitserfordernisse, Sondervoten	652
VIII. Unterscheidung von Zulässigkeit und Begründetheit	653
IX. Beurteilungsmaßstab	654
X. Entscheidung	654
XI. Bindung der Entscheidung, Gesetzeskraft	656
XII. Vollstreckung	657
XIII. Bundesverfassungsgericht und Gesetzgeber	658
1. Verfassungskonforme Auslegung	658
2. Schonung gesetzgeberischer Gestaltungsmacht	659
XIV. Bundesverfassungsgericht und andere Gerichte	660
1. Verhältnis zu den Fachgerichten	660
2. Verhältnis zur Landesverfassungsgerichtsbarkeit	660
3. Verhältnis zum EuGH und zum EGMR	661
XV. Ausschluss und Befangenheit von Richtern	662
XVI. Kosten, Gebühren, Auslagen	663
F. Einzelne Verfahren	663
I. Allgemeines	663
II. Organstreitigkeiten	664
1. Bedeutung und Funktion	664
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	665
a) Beteiligtenfähigkeit	665
b) Antragsgegenstand	666
c) Antragsbefugnis	667
d) Rechtsschutzbedürfnis	667
e) Form und Frist	668
3. Begründetheitsvoraussetzungen	668
III. Abstrakte Normenkontrolle	668
1. Bedeutung und Funktion	668
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	669
a) Antragsberechtigung	669
b) Prüfungsgegenstand und -maßstab	669
c) Meinungsverschiedenheiten	670
d) Klarstellungsinteresse	670
e) Formerfordernisse	671
f) Keine Subsidiarität	671

Inhaltsverzeichnis

3. Begründetheitsvoraussetzungen	672
IV. Kontrolle der Erforderlichkeit von Bundesgesetzen	673
V. Konkrete Normenkontrolle	673
1. Bedeutung und Funktion	673
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	674
a) Vorlageberechtigung und Vorlagepflicht	675
b) Verfahrensgegenstand	675
c) Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit	676
d) Entscheidungserheblichkeit	676
e) Formerfordernisse	676
3. Begründetheitsvoraussetzungen	676
4. Prozedurales	676
VI. Bund-Länder-Streitigkeiten	677
1. Bedeutung und Funktion	677
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	677
a) Allgemeines	677
b) Antragsteller und Antragsgegner	678
c) Streitgegenstand	678
d) Antragsbefugnis	679
e) Form und Frist	679
3. Begründetheitsvoraussetzungen	679
VII. Verfassungsbeschwerde	679
1. Zulässigkeitsvoraussetzungen	680
a) Allgemeines	680
b) Beschwerdefähigkeit	681
c) Beschwerdegegenstand	682
d) Beschwerdebefugnis	683
e) Rechtswegerschöpfung und Subsidiarität der Verfassungsbe- schwerde	684
f) Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	685
g) Form und Frist	685
2. Begründetheitsvoraussetzungen	685
VIII. Kommunalverfassungsbeschwerde	686
IX. Einstweilige Anordnungen	686
X. Verhältnis der Verfahren zueinander	687
G. Völker- und Europarecht	688
I. Völkerrecht	688
II. Europarecht	688
H. Ausblick	689

3. Kapitel. Staatsfunktionen

§ 20. Allgemeines	693
-------------------------	-----

§ 21. Gesetzgebung

A. Allgemeines	696
I. Grundsätzliches	696
II. Tatsächliche Situation	697
III. Erscheinungsformen der Gesetze	697
1. Allgemeine Differenzierungskriterien	697
2. Juristische Differenzierung	698
a) Rechtserzeugungsebene	698
b) Ranghöhe	698
c) Kompetenzarten	698

Inhaltsverzeichnis

d) Rechtsgebiete	698
e) Bundesratsmitwirkung	699
f) Inhaltliche Besonderheiten	699
aa) „Supergesetze“ oder gesetzesbindende Gesetze?	699
bb) Maßstäbengesetze	699
cc) Kodifikationen	699
dd) Maßnahmegesetze	700
ee) Planungsgesetze	700
ff) Experimentelle Gesetze	700
3. Folgerungen	700
IV. Dualistischer Gesetzesbegriff	700
V. Regelungsansatz im Grundgesetz	702
VI. Gesetzgebungsregelungen außerhalb des VII. Abschnitts	702
B. Gesetzgebungszuständigkeiten im Bundesstaat	703
I. Verteilungsnotwendigkeit und Verteilungssystem	703
1. Verteilungsnotwendigkeit	703
2. Verteilungssystem im Überblick	704
3. Kompetenzqualifikation	705
4. Abschließender Charakter der Zuständigkeitsverteilung	706
5. Alternativer Charakter der Zuständigkeitsverteilung	706
6. Zwingender Charakter der Zuständigkeitsverteilung	707
7. Keine Pflicht zum Kompetenzgebrauch	707
II. Ausschließliche Bundesgesetzgebung	707
1. Wesen	707
2. Gegenstände der ausschließlichen Bundesgesetzgebung	708
a) Katalog des Art. 73 GG	708
b) Sonstige verfassungsrechtliche Zuweisungen	708
c) Gemeinschaftsaufgaben	709
III. Konkurrierende Gesetzgebung	709
1. Wesen	709
2. Gegenstände der konkurrierenden Gesetzgebung	710
3. Zuständigkeitsfilter	710
a) Entwicklung	710
b) Struktur	711
c) Drei Varianten des Art. 72 Abs. 2 GG	711
d) Erforderlichkeitsklausel des Art. 72 Abs. 2 GG	712
e) Überprüfungsverfahren beim Bundesverfassungsgericht	713
f) Justitiabilität des Art. 72 Abs. 2 GG	713
4. Umfang der den Ländern verbleibenden Zuständigkeiten	714
a) Zeitliche Sperrwirkung	714
b) Inhaltliche Sperrwirkung	715
c) Entfaltung der Sperrwirkung nur durch Bundesgesetze	715
d) Freigabeklausel nach Art. 72 Abs. 4 GG	716
e) Übergangsvorschrift	117
IV. Abweichungsgesetzgebung	718
1. Abweichungsgesetzgebung im föderalen System	718
2. Ausgestaltung der Abweichungsgesetzgebung im Grundgesetz	719
a) Posterioritätsgrundsatz	719
b) Gegenstände der Abweichungsgesetzgebung	719
c) Bestimmung „abweichungsfester Kerne“	720
d) Abweichung nur durch Gesetz	720
e) Fristen	721
f) Übergangsregelungen	721

Inhaltsverzeichnis

V. Exkurs: Frühere Rahmengesetzgebung	722
1. Allgemeines	722
2. Charakter von Rahmenvorschriften	723
3. Gegenstände der Rahmengesetzgebung	723
4. Voraussetzung der Bundeszuständigkeit nach Art. 72 Abs. 2 GG	723
5. Umfang der Bundeszuständigkeit (Art. 75 Abs. 2 GG a. F.)	723
6. Bedeutung für die Landesgesetzgeber (Art. 75 Abs. 3 GG a. F.) ...	724
VI. Grundsatzgesetzgebung	724
1. Gegenstände der Grundsatzgesetzgebung	724
2. Umfang der Bundeszuständigkeit	724
VII. Ungeschriebene Bundesgesetzgebungszuständigkeiten	725
1. Gesetzgebungskompetenz „kraft Natur der Sache“	725
2. Gesetzgebungskompetenz „kraft Sachzusammenhang“	726
3. „Annex-Kompetenzen“	726
VIII. Verbleibende Gesetzgebungskompetenzen der Länder	727
1. Entwicklungstendenzen	727
2. Verbleibende Landesgesetzgebungskompetenzen	728
C. Gesetzgebungsverfahren	729
I. Allgemeines	729
1. Verfassungsrecht und Gesetzgebungsvorverfahren	729
2. Sinn der Regelungen des Gesetzgebungsverfahrens	729
3. Verfassungsrechtliche Grundschritte des Gesetzgebungsverfahrens	730
II. Gesetzgebungsinitiative (Art. 76 GG)	730
1. Allgemeines	730
2. Bundesregierung als Gesetzesinitiantin	731
3. Bundesrat als Gesetzesinitiant	733
4. Gesetzesinitiativen aus der Mitte des Bundestages	733
III. Beratung und Beschlussfassung im Bundestag	734
IV. Beteiligung des Bundesrates	736
1. Unterscheidung von Einspruchs- und Zustimmungsgesetzen	736
a) Allgemeines	736
b) Zustimmungspflichtigkeit neuer Gesetze	738
c) Zustimmungspflichtigkeit ändernder Gesetze	739
2. Verfahren im Vermittlungsausschuss	740
a) Allgemeines	740
b) Verfahren bei Einspruchsgesetzen	741
c) Verfahren bei Zustimmungsgesetzen	742
3. Zustandekommen von Gesetzen	743
V. Ausfertigung, Verkündung und Inkrafttreten der Gesetze	743
1. Ausfertigung durch den Bundespräsidenten	743
2. Verkündung im Bundesgesetzblatt	744
3. Berichtigung von Gesetzen	745
4. Inkrafttreten	746
VI. Gesetzgebungsverfahren und Legislaturperiode	746
D. Besonderheiten der verfassungsändernden Gesetzgebung	747
E. Gesetzgebungsnotstand und Gesetzgebung im Verteidigungsfall	748
I. Gesetzgebung im Gesetzgebungsnotstand	748
II. Gesetzgebung im Verteidigungsfall	749
F. Volksgesetzgebung	750
G. Erlass von Rechtsverordnungen	751
I. Begriff und Bedeutung der Rechtsverordnung	751
II. Anforderungen an die gesetzliche Verordnungsermächtigung	753

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeines	753
2. Inhalt, Zweck und Ausmaß	754
3. Bestimmtheitsgebot	755
4. Wesentlichkeitsrechtsprechung	755
5. Praktische Wirksamkeit	756
III. Anforderungen an die Rechtsverordnung	756
1. Übersicht	756
2. Zuständigkeit	757
a) Potenzielle Ordnungsgeber	757
b) Rechtsverordnungen der Bundesregierung	757
c) Rechtsverordnungen eines Bundesministers	757
d) Rechtsverordnungen der Landesregierungen	758
e) Landesgesetz statt Rechtsverordnung (Art. 80 Abs. 4 GG)	759
3. Verfahren	760
4. Form	760
a) Zitiergebot	760
b) Veröffentlichung	760
IV. Beteiligung des Bundesrates	761
1. Zustimmungspflichtige Rechtsverordnungen	761
2. Initiativrecht des Bundesrates	762
V. Einflussmöglichkeiten des Bundestages	762
1. Allgemeine Einflussmöglichkeiten	762
2. Bundestagsvorbehalte	763
a) Zustimmung- bzw. Ablehnungsvorbehalte	763
b) Aufhebungsvorbehalte	763
c) Änderungsvorbehalte	764
3. Änderungen und Aufhebungen von Rechtsverordnungen durch Gesetz	764
VI. Pflicht zum Erlass von Rechtsverordnungen?	764
VII. Gerichtliche Überprüfung von Rechtsverordnungen	765
H. Völker- und Europarecht	765
I. Ausblick	766

§ 22. Vollziehende Gewalt

A. Grundsätzliches	770
B. Regierungstätigkeit	771
C. Verwaltungstätigkeit	773
I. Allgemeines	773
II. Verwaltungsbezogene Verfassungsregelungen innerhalb und außer- halb des VIII. Abschnitts	774
III. Exkurs: Verteidigung	775
D. Verwaltungszuständigkeiten von Bund und Ländern	775
I. Grundzüge der Zuständigkeitsverteilung	775
1. Systematik der Zuständigkeitsverteilung	775
2. Ungeschriebene Kompetenzzuweisungen im Verwaltungsbereich	777
3. Dispositionsverbot	778
4. Verbot der Mischverwaltung	778
5. Amtshilfe	779
II. Bundesaufsichtsverwaltung	780
1. Wesen	780
2. Verwaltungsverfahren und Einrichtung der Behörden	781
3. Erlass allgemeiner Verwaltungsvorschriften	782

Inhaltsverzeichnis

4. Rechtsaufsicht	782
5. Einzelweisungen	783
III. Bundesauftragsverwaltung	783
1. Grundsätzliches	783
2. Sachmaterien der Bundesauftragsverwaltung	784
3. Überblick über die Unterschiede zur Bundesaufsichtsverwaltung	784
4. Unterscheidung von Wahrnehmungs- und Sachkompetenzen	784
5. Einrichtung der Behörden und Verwaltungsverfahren	786
6. Erlass allgemeiner Verwaltungsvorschriften	787
7. Weisungsrecht	787
8. Aufsichtsmodell	789
IV. Bundeseigene Verwaltung	789
1. Allgemeines	789
2. Grenzen der Anwendbarkeit der Art. 86 ff. GG	790
3. Sachmaterien bundeseigener Verwaltung	790
4. Errichtung von selbständigen Bundesoberbehörden, juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Mittel- und Unterbehörden	791
5. Typen der Bundesverwaltung	793
a) Bundesunmittelbare Verwaltung	793
aa) Grundsätzliches	793
bb) Unmittelbare Bundesverwaltung mit Unterbau	793
cc) Unmittelbare Bundesverwaltung ohne Unterbau	795
b) Mittelbare Bundesverwaltung	796
V. Gemeinschaftsaufgaben und Verwaltungszusammenarbeit	797
1. Allgemeines	797
2. Obligatorische Gemeinschaftsaufgaben (Art. 91 a GG)	799
3. Fakultative Gemeinschaftsaufgaben (Art. 91 b GG)	800
4. Informationstechnische Systeme (Art. 91 c GG)	801
5. Feststellung und Förderung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung (Art. 91 d GG)	802
6. Gemeinsame Einrichtungen für die Grundsicherung von Arbeitssuchenden (Art. 91 e GG)	802
VI. Landeseigene Verwaltung	803
E. Verfassungsgrundsätze für die Verwaltung	803
I. Allgemeines	803
II. Formelle Grundsätze	804
III. Materielle Grundsätze	804
F. Öffentlicher Dienst	805
I. Funktionsvorbehalt	805
II. Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums	806
III. Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst	808
IV. Personalvertretung	808
V. Gesetzgebungszuständigkeiten im öffentlichen Dienst	809
G. Völker- und Europarecht	810
I. Völkerrecht	810
II. Europarecht	810
H. Ausblick	810
§ 23. Rechtsprechung	
A. Allgemeines	814
I. Funktionen der Rechtsprechung	814
II. Regelungen innerhalb und außerhalb des IX. Abschnitts	814

Inhaltsverzeichnis

III. Begriff der Rechtsprechung	814
1. Definitionsansätze	815
2. Merkmale	816
3. Nur staatliche Rechtsprechung	817
IV. Verhältnis zu den anderen Gewalten	818
1. Rechtsprechung als dritte Gewalt	818
2. Ausgestaltung der Gewaltenteilung bei der Rechtsprechung	818
3. Ausnahmsweise Verschränkungen	819
V. Verfassungsrechtliche Vorgaben an das Gerichtsverfahren	819
B. Verfassungsrechtlicher Richtervorbehalt	820
I. Allgemeiner Richtervorbehalt	820
II. Besondere Richtervorbehalte	821
III. Ausnahmen vom Richtervorbehalt	821
C. Begriff und Stellung des Richters	822
I. Begriff	822
II. Stellung	823
1. Sachliche Unabhängigkeit	823
2. Persönliche Unabhängigkeit	824
3. Inkompatibilitäten	825
4. Bestellung von Richtern	825
5. Entlassung der Richter	826
D. Rechtsprechungskompetenzen im Bundesstaat	827
E. Organe der Rechtsprechung	828
I. Allgemeines	828
II. Bundesgerichte	828
1. Obligatorische oberste Bundesgerichte	829
2. Fakultative, „untere“ Bundesgerichte	829
3. Bedeutung der verfassungsrechtlichen Normierung der obersten Gerichtshöfe des Bundes	830
4. Besetzung der obersten Gerichtshöfe des Bundes	831
III. Gerichte der Länder	831
F. Völker- und Europarecht	833
I. Völkerrecht	833
II. Europarecht	834
G. Ausblick	835

4. Kapitel. Verfassungsrechtliche Teilordnungen

§ 24. Allgemeines	837
-------------------------	-----

§ 25. Wirtschaftsverfassung

A. Allgemeines	840
B. Begriff	840
C. Wirtschaftssysteme	841
I. Idealtypische Grundmodelle	841
1. Zentralverwaltungswirtschaft	842
2. Marktwirtschaft	842
II. Vor- und Nachteile einer verfassungsrechtlichen Festschreibung	843
D. Historische Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg	844
I. Weimarer Reichsverfassung	844
II. Nationalsozialismus	844
III. Entwicklung nach 1945	845
1. SBZ und DDR	845
2. Westzonen	845

Inhaltsverzeichnis

E. Wirtschaftssystem unter dem Grundgesetz	846
I. Ansichten im Schrifttum	846
II. Ansicht des Bundesverfassungsgerichts	848
III. Gesetzliche Festlegungen	849
IV. Fazit	849
F. Völker- und Europarecht	850
I. Völkerrecht	850
II. Europarecht	851
1. Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft	851
2. Vertrag von Lissabon	852
3. Rechtliche Bedeutung der Festlegung	852
G. Ausblick	853
§ 26. Finanz- und Haushaltsverfassung, Währungsverfassung	
A. Allgemeines	856
I. Staat und Geld	856
II. Regelungskomplexe der Finanz-, Haushalts- und Währungsverfassung	857
III. Verhältnis zu den sonstigen Vorschriften des Grundgesetzes	858
IV. Öffentliche Lasten, Steuern, nicht-steuerliche Abgaben	859
1. Öffentliche Lasten	859
2. Steuern	859
3. Nicht-steuerliche Abgaben	861
a) Gebühr	861
b) Beitrag	862
c) Verleihungsabgabe	862
d) Sonderabgabe	863
e) Sonstige Abgaben	865
B. Finanzverfassung	865
I. Ausgabenverantwortung	866
1. Konnexität von Aufgaben und Ausgabenverantwortung (Art. 104a GG)	866
2. Ausnahmen vom Konnexitätsgrundsatz	867
a) Bundesauftragsverwaltung (Art. 104a Abs. 2 GG)	867
b) Geldleistungsgesetz (Art. 104a Abs. 3 GG)	868
c) Finanzhilfen (Art. 104b GG)	869
d) Gemeinschaftsaufgaben und Verwaltungszusammenarbeit	870
aa) Allgemeines	870
bb) Obligatorische Gemeinschaftsaufgaben (Art. 91a GG)	871
cc) Fakultative Gemeinschaftsaufgaben (Art. 91b GG)	872
dd) Informationstechnische Systeme (Art. 91c GG)	873
ee) Vergleichsstudien zur Leistungsfähigkeit der Verwaltung (Art. 91d GG)	873
ff) Gemeinsame Einrichtungen für die Grundsicherung von Arbeitsuchenden (Art. 91e GG)	873
e) Weitere Fälle	874
3. Haftung für ordnungsgemäße Verwaltung (Art. 104a Abs. 5 GG)	874
4. Ausgabenverantwortung bei der Umsetzung supranationaler oder völkerrechtlicher Verpflichtungen (Art. 104a Abs. 6 GG)	876
II. Steuergesetzgebungshoheit (Art. 105 GG)	877
III. Steuerverteilung und Finanzausgleich	879
1. Primärer vertikaler Finanzausgleich (Art. 106, 106a, 106b GG) ..	881
a) Verteilungssysteme	881

Inhaltsverzeichnis

b) Grundgesetzliches Mischsystem	881
aa) Verteilung nach Trennsystem	881
bb) Verteilung nach Verbundsystem	882
c) Gemeindeanteile	883
aa) Gemeindeanteile im Verbundsystem	883
bb) Gemeindeanteile im Trennsystem	883
d) Sondervorschriften	884
2. Primärer horizontaler Finanzausgleich (Art. 107 Abs. 1 GG)	884
3. Sekundärer horizontaler Finanzausgleich (Art. 107 Abs. 2 S. 1, 2 GG)	886
4. Sekundärer vertikaler Finanzausgleich (insb. Art. 107 Abs. 2 S. 3 GG)	887
a) Übersicht	887
b) Bundesergänzungszuweisungen (Art. 107 Abs. 2 S. 3 GG)	887
c) Mehrbelastungsausgleich (Art. 106 Abs. 4 S. 2 u. 3 GG)	887
d) Sonderlastenausgleich (Art. 106 Abs. 8 GG)	888
5. Maßstäbe für das Steuerverteilungs- und Finanzausgleichssystem	888
IV. Steuerverwaltungshoheit (Art. 108 GG)	890
V. Finanzgerichtsbarkeit (Art. 108 Abs. 6 GG)	892
C. Haushaltsverfassung	893
I. Regelungsgegenstand und Funktionen	893
II. Rechtsquellen des Haushaltsrechts	894
III. Haushaltstrennung und Haushaltsverschränkung	897
1. Grundsatz	897
2. Haushaltsvorgaben	898
a) Haushaltsdisziplin (Art. 109 Abs. 2 Alt. 1, Art. 109 Abs. 3 GG)	898
aa) Übersicht	898
bb) Europarechtliche Vorgaben	899
cc) Innerstaatliche Haftung bei Verstößen gegen Art. 104 EGV/Art. 126 AEUV	900
dd) Grundsätzliches Neuverschuldungsverbot für Bund und Länder	901
ee) Ausnahmen vom Neuverschuldungsverbot	902
ff) Übergangsvorschriften zum Neuverschuldungsverbot (Art. 143 d GG)	903
b) Wahrung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts (Art. 109 Abs. 2 Alt. 2 GG)	904
c) Haushaltsgrundsätze nach HGrG (Art. 109 Abs. 4 GG)	906
3. Haushaltsüberwachung (Art. 109 a GG)	906
4. Haushaltssanierungen	907
a) Sanierung im Rahmen des Stabilitätsrats	907
b) Sanierungshilfen des Bundes	908
IV. Haushaltsplan und Haushaltsgesetz	909
V. Haushaltsgrundsätze	910
1. Vollständigkeit und Einheit, Bruttoprinzip	910
2. Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit	911
3. Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit	911
4. Haushaltsausgleich	911
5. Bepackungsverbot	912
6. Gesamtdeckung und Einzelveranschlagung	912
7. Jährlichkeit	913
8. Vorherigkeit	913
VI. Haushaltskreislauf und Haushaltsorgane	913

Inhaltsverzeichnis

1. Haushaltsaufstellung und -feststellung	914
2. Gesetzgebungsverfahren	914
3. Haushaltsvollzug	915
4. Haushaltskontrolle (Art. 114 GG)	915
a) Rechnungslegung	915
b) Rechnungsprüfung	916
c) Entlastung	917
VII. Nothaushaltsführung (Art. 111 GG)	917
VIII. Haushaltsüberschreitung (Art. 112 GG)	919
IX. Ausgabenerhöhende oder einnahmемindernde Gesetze (Art. 113 GG)	920
X. Kreditaufnahme und Verschuldung des Bundes (Art. 115 GG)	921
1. Allgemeines	921
2. Gesetzliche Kreditermächtigung	922
3. Verschuldungsgrenzen (Art. 115 Abs. 2 GG)	922
a) Entwicklung und neues Konzept	922
b) Begrenzung der strukturellen Verschuldung	923
c) Kreditsymmetrie im Konjunkturzyklus	923
d) Überplanmäßige Kreditaufnahme im Haushaltsvollzug	924
e) Kreditaufnahme in außergewöhnlichen Notlagen	924
f) Ausweichen auf verselbständigte Verwaltungsträger	924
D. Währungsverfassung	925
I. Allgemeines	925
II. Bundesbank und Europäische Zentralbank	925
1. Überkommene Stellung der Bundesbank (Art. 88 GG)	925
2. Einbindung in die europäische Wirtschafts- und Währungsunion	927
3. Stellung der Europäischen Zentralbank und der Bundesbank	928
a) Europäisches Zentralbankensystem	928
b) Unabhängigkeit	928
c) Vorrangiges Ziel der Preisstabilität	929
E. Völker- und Europarecht	929
I. Völkerrecht	929
1. Grundsätzliches	929
2. Doppelbesteuerungsabkommen	929
3. Internationale Finanzorganisationen und Internationale Finanzarchitektur	930
II. Europarecht	930
1. Diskriminierungsverbote	930
2. Steuerharmonisierung	931
3. Europäische Finanz- und Haushaltsverfassung	931
a) Allgemeines	931
b) Finanzverfassung i. e. S.	932
c) Haushaltsverfassung	932
d) Überwachung und Sanierung der Finanzwirtschaft der Mitgliedstaaten	934
F. Ausblick	935
I. Finanzverfassung im föderalen System	935
II. Finanzverfassung i. e. S.	937
III. Haushaltsrecht	938
IV. Verfassungsqualität und Verfassungsästhetik	939

Inhaltsverzeichnis

§ 27. Staatskirchenrecht

A. Allgemeines	942
B. Staatskirchenrechtliche Modelle	942
C. Staatskirchenrechtliche Ordnung des Grundgesetzes	944
I. Allgemeines	944
II. Trennung von Staat und Kirche	945
1. Verbot einer Staatskirche	945
2. Neutralitätsgebot	946
3. Grundsatz der Parität	947
4. Staatlicher Umgang mit religiösen Symbolen	948
a) Kruzifix	948
b) Islamisches Kopftuch	949
III. Kirchliches Selbstbestimmungsrecht	950
1. Allgemeines	950
2. Inhalt des Selbstbestimmungsrechts	951
3. Träger des Selbstbestimmungsrechts	952
4. Schranken	953
5. Verhältnis zur Religionsfreiheit (Art. 4 GG)	954
IV. Körperschaftsstatus von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	955
1. Wesen des Körperschaftsstatus	956
2. Verleihung des Körperschaftsstatus	957
a) Zuständigkeit und Verfahren	957
b) Voraussetzungen	957
aa) Gewähr der Dauer	957
bb) Rechtstreue	958
cc) Staatsloyalität	959
3. Rechtsfolgen des Körperschaftsstatus	960
a) Allgemeine Rechtsfolgen	960
b) Besondere Rechtsfolgen	962
aa) Grundrechtsbindung	962
bb) Kirchliches Besteuerungsrecht	963
cc) Einfachgesetzliche Privilegien	965
4. Verlust des Körperschaftsstatus	965
V. Staatskirchenvertragsrecht	966
1. Allgemeines	966
2. Rechtsnatur von Staatskirchenverträgen	966
a) Konkordate und sonstige Staatskirchenverträge	966
b) Rang der Staatskirchenverträge	967
3. Abschluss- und Transformationskompetenz	967
4. Inhalt staatskirchenrechtlicher Verträge	968
VI. Gemeinsame Angelegenheiten von Staat und Kirche („res mixtae“) ...	968
1. Allgemeines	968
2. Religionsunterricht	968
3. Anstalts- und Militärseelsorge	969
4. Theologische Fakultäten an staatlichen Hochschulen	971
5. Friedhofswesen	972
VII. Vermögensrechtliche Stellung der Religionsgemeinschaften	973
1. Ablösung der Staatsleistungen	973
2. Kirchengutsgarantie	973
VIII. Sonn- und Feiertagsschutz	974
1. Sonntag	974

Inhaltsverzeichnis

2. Staatlich anerkannte Feiertage	974
3. Inhalt und Umfang des verfassungsrechtlichen Schutzes	975
4. Institutionelle Garantie	976
D. Völker- und Europarecht	976
I. Völkerrecht	976
II. Europarecht	977
E. Ausblick	978
§ 28. Notstandsverfassung, Wehrhafte Demokratie	
A. Notstandsverfassung	980
I. Allgemeines	980
II. Katastrophennotstand	984
1. Grundsätzliches	984
2. Handlungsmöglichkeiten	986
a) Normale Amtshilfe	986
b) Gesteigerte Amtshilfe	986
c) Anforderungsrecht des Landes bei regionalem Katastrophennotstand	986
d) Interventionsrecht des Bundes bei überregionalem Katastrophennotstand	987
e) Finanzhilfen des Bundes	988
f) Systematische Konsequenz	988
III. Staatsnotstand	988
1. Vorüberlegungen	988
2. Handlungsmöglichkeiten nach Art. 91, 87 a Abs. 4 GG	989
a) Voraussetzungen und systematische Struktur	989
b) Handlungsebenen	990
aa) Normale Amtshilfe	990
bb) Gesteigerte Amtshilfe	990
cc) Anforderungsrecht eines Landes im Staatsnotstand	990
dd) Interventionsrecht des Bundes bei regionalem Staatsnotstand	990
ee) Interventionsrecht des Bundes bei überregionalem Staatsnotstand	990
ff) Systematische Konsequenz	991
gg) Bundeswehreinsatz	991
IV. Grenzen aus Staatsstrukturen und Grundrechten	991
V. Bundeszwang	992
B. Wehrhafte Demokratie	993
I. Allgemeines	993
II. Einzelaspekte	994
1. Schutzgüter	994
2. Grundrechtsbegrenzungen	995
a) Schutzbereichsbegrenzungen	996
b) Grundrechtsschranken	996
c) Grundrechtsverwirkung (Art. 18 GG)	998
3. Parteiverbot (Art. 21 Abs. 2 GG)	999
4. Vereinsverbot	1001
5. Verfassungstreue der Verfassungsorgane und der öffentlichen Bediensteten	1002
a) Verfassungsorgane	1002
b) Bundesrichter und Bundesverfassungsrichter	1002
c) Öffentlicher Dienst	1003

Inhaltsverzeichnis

III. Strafrechtlicher Verfassungsschutz	1005
C. Nachrichtendienste	1005
I. Allgemeines	1005
1. Strukturen	1005
2. Aufgaben	1005
3. Verfassungs- und Grundrechtsbindung	1005
4. Kontrolle	1007
a) Übersicht	1007
b) Dienst- und Fachaufsicht	1007
c) Kontrolle durch das Parlament	1008
d) Finanzkontrolle	1009
e) Datenschutzkontrolle	1009
II. Verfassungsschutzämter	1010
III. Militärischer Abschirmdienst	1010
IV. Bundesnachrichtendienst	1011
D. Völker- und Europarecht	1011
I. Völkerrecht	1011
II. Europarecht	1012
E. Ausblick	1013

§ 29. Wehrverfassung

A. Allgemeines	1015
I. Entwicklung der Wehrverfassung	1015
II. Verrechtlichung und Parlamentarisierung der Streitkräfte	1016
1. Allgemeines	1016
2. Verfassungsrechtliche Strukturen	1017
3. Parlamentarische Kontrolle	1018
B. Verteidigungsorganisationen	1018
I. Übersicht	1018
II. Streitkräfte	1019
III. Bundeswehrverwaltung	1020
IV. Wehrgerichte	1021
V. Zivilschutz	1021
C. Landesverteidigung	1023
I. Organisatorische Vorkehrungen	1023
1. Gemeinsamer Ausschuss	1023
2. Bundessicherheitsrat	1024
3. Wehrstraftgerichtsbarkeit	1024
II. Spannungsfall, Zustimmungsfall, Bündnisfall	1024
III. Verteidigungsfall	1025
1. Voraussetzungen	1025
2. Straffung der Entscheidungswege	1026
a) Allgemeines	1026
b) Übergang der Befehls- und Kommandogewalt	1026
c) Erweiterte Bundesgesetzgebungskompetenzen	1026
d) Gestrafftes Gesetzgebungsverfahren	1027
e) Aufgaben und Funktion des Gemeinsamen Ausschusses	1027
f) Verlängerung der Wahlperioden und Amtszeiten	1028
g) Erweiterte Befugnisse der Bundesregierung und der Landesregierungen	1028
h) Schutz des Bundesverfassungsgerichts	1028
IV. Völkerrechtliche Erklärung des Verteidigungsfalls	1029
V. Ende des Verteidigungsfalls und Friedensschluss	1029

Inhaltsverzeichnis

D. Einsatz der Bundeswehr im Innern	1030
I. Innerer Notstand, andere Verwendungen	1030
II. Terrorismusabwehr	1030
III. Sonstige Verwendungen	1031
E. Auslandseinsätze der Bundeswehr	1031
I. Entwicklung	1031
II. Mitwirkungsrechte des Bundestages	1032
1. Allgemeines	1032
2. Formen von Auslandseinsätzen	1033
a) Einsatz im Rahmen von Hilfsdiensten und Hilfeleistungen	1033
b) Einsatz im Rahmen der Vereinten Nationen	1033
c) Einsätze zur Verteidigung eines NATO-Bündnispartners	1034
d) Bündniseinsätze „out of area“ mit Ermächtigung der Ver-	
einten Nationen	1035
e) Bündniseinsätze „out of area“ ohne Ermächtigung der Ver-	
einten Nationen	1036
III. Rechts- und Grundrechtsbindung bei internationalen Einsätzen	1037
F. Völker- und Europarecht	1037
I. Völkerrecht	1037
1. Verbot eines Angriffskrieges	1037
2. Rüstungsbeschränkungen und Verzicht auf ABC-Waffen	1038
3. Militärbündnisse	1038
II. Europarecht	1038
G. Ausblick	1039

3. Teil. Bezüge zum Völker- und Europarecht

1. Kapitel. Außenbezüge der Verfassung

§ 30. Konstellationen der Außenbezüge der Verfassung	1041
§ 31. Internationales Verfassungsrecht	
A. Grundgehalte	1044
B. Abgrenzungen	1045
§ 32. Grundgesetzbezüge zum Völker- und Europarecht als verfassungs-	
rechtliche Teilordnungen	1047

2. Kapitel. Bezüge zum Völkerrecht

§ 33. Kurzüberblick über das Völkerrecht	
A. Begriff und Entwicklung des Völkerrechts	1049
B. Völkerrechtssubjekte	1051
I. Begriff und Arten der Völkerrechtssubjekte	1051
II. Staaten	1051
III. Internationale Organisationen	1052
IV. Sonstige anerkannte Völkerrechtssubjekte	1052
1. Heiliger Stuhl	1052
2. Souveräner Malteser Orden	1053
3. Internationales Komitee vom Roten Kreuz	1053
4. „Stabilisierte de-facto-Regime“	1053
V. Individuen als Völkerrechtssubjekte	1053
VI. Transnationale Unternehmen und non-governmental organizations	1054

Inhaltsverzeichnis

C. Rechtsquellen des Völkerrechts	1054
I. Allgemeines	1054
II. Völkerrechtliche Verträge	1055
III. Internationales Gewohnheitsrecht	1056
IV. Allgemeine Rechtsgrundsätze	1057
V. Hilfsmittel zur Feststellung von Rechtsnormen	1057
VI. Sonstige völkerrechtliche Rechtsquellen	1057
1. Beschlüsse internationaler Organisationen	1057
2. Soft law	1058
D. Ausgewählte Grundprinzipien des Völkerrechts	1059
I. Souveräne Gleichheit der Staaten	1059
II. Gewaltverbot	1059
III. Interventionsverbot	1061
IV. Staatenimmunität	1061
§ 34. Völkerrecht und nationales Recht	
A. Allgemeines	1063
B. Theoretische Betrachtungen	1063
I. Dualistische Theorien	1063
1. Allgemeines	1063
2. Strenger Dualismus	1064
3. Gemäßigter Dualismus	1064
II. Monistische Theorien	1065
1. Grundsatzpositionen	1065
2. Monismus mit Primat des Staatsrechts	1065
3. Monismus mit Primat des Völkerrechts	1065
4. Gemäßigter Monismus	1065
III. Ergebnis	1066
C. Einbeziehung von Völkerrecht in das nationale Recht	1066
I. Einbeziehung durch Transformation	1066
II. Einbeziehung durch Adoption	1067
III. Einbeziehung nach der Vollzugslehre	1067
IV. Konsequenzen der unterschiedlichen Einbeziehungen	1068
V. Geltung und Anwendbarkeit des Völkerrechts im nationalen Recht	1068
VI. Rang des Völkerrechts im nationalen Recht	1069
VII. Position des Grundgesetzes	1071
§ 35. Völkerrecht und Grundgesetz	
A. Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes	1072
B. Allgemeine Regeln des Völkerrechts (Art. 25 GG)	1074
1. Anwendungsbereich	1074
a) Grundsätzliches	1074
b) Allgemeinheit der Regeln	1075
c) Ausgewählte Einzelbeispiele	1077
2. Auswirkungen auf das nationale Recht	1078
a) Einbettung in die Normenhierarchie	1078
b) Subjektive Rechte und Pflichten	1080
3. Verhältnis zum Völkervertragsrecht	1081
C. Völkerrechtliche Verträge (Art. 59 Abs. 2 GG)	1082
I. Staatsverträge (Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG)	1083
1. Bedeutung der parlamentarischen Mitwirkung	1083
2. Inhalt von Staatsverträgen	1083

Inhaltsverzeichnis

a) Politische Beziehungen des Bundes	1083
b) Gegenstände der Bundesgesetzgebung	1084
3. Verfahren zum Abschluss von Staatsverträgen	1084
a) Völkerrechtliches Verfahren	1084
b) Innerstaatliches Verfahren	1086
c) Umfang parlamentarischer Mitwirkungserfordernisse	1087
4. Funktionen des Vertragsgesetzes	1088
II. Verwaltungsabkommen (Art. 59 Abs. 2 S. 2 GG)	1089
1. Rechtsnatur von Verwaltungsabkommen	1089
2. Verfahren zum Abschluss von Verwaltungsabkommen	1090
D. Beitritt zu internationalen Einrichtungen (Art. 24 GG)	1090
I. Zwischenstaatliche Einrichtungen (Art. 24 Abs. 1 GG)	1090
1. Anwendungsbereich	1090
2. Übertragung von Hoheitsrechten	1091
3. Grenzen	1092
II. Übertragung auf grenznachbarschaftliche Einrichtungen (Art. 24 Abs. 1 a GG)	1092
III. Systeme kollektiver Sicherheit (Art. 24 Abs. 2 GG)	1093
IV. Internationale Schiedsgerichte (Art. 24 Abs. 3 GG)	1094
E. Friedliches Zusammenleben der Völker (Art. 26 GG)	1094
I. Allgemeines	1094
II. Verbot friedensstörender Handlungen (Art. 26 Abs. 1 GG)	1095
III. Genehmigungsvorbehalt für die Verbreitung von Kriegswaffen (Art. 26 Abs. 2 GG)	1097
F. Verbandszuständigkeiten von Bund und Ländern in auswärtigen Angelegenheiten	1098
I. Allgemeines	1098
II. Umfassende Kompetenz des Bundes im auswärtigen Bereich nach Art. 32 Abs. 1 GG	1099
III. Kompetenz der Länder im auswärtigen Bereich (Art. 32 Abs. 3 GG)	1099
IV. Lindauer Abkommen	1100
V. Berücksichtigung der Länderinteressen bei der Ausübung der Bundeskompetenzen	1102
G. Organkompetenzen auf Bundesebene in auswärtigen Angelegenheiten	1102
I. Grundsätzliches	1102
II. Rolle des Bundespräsidenten (Art. 59 Abs. 1 GG)	1103
1. Allgemeines	1103
2. Abschluss völkerrechtlicher Verträge	1104
3. Beglaubigung und Empfang der Gesandten	1105
4. Allgemeine völkerrechtliche Vertretung	1105
III. Bundespräsident und andere Verfassungsorgane	1105
IV. Verhältnis von Exekutive und Legislative	1106
H. Völkerrecht in Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht	1108
I. Verfahren der Völkerrechtsverifikation (Art. 100 Abs. 2 GG)	1108
II. Andere Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht	1109
§ 36. Deutschland in ausgewählten internationalen Organisationen	
A. Allgemeines	1111
B. Deutschland in den Vereinten Nationen	1112
I. Einführung	1112
II. Entstehung der Vereinten Nationen	1112
1. Völkerbund als Vorläufer der Vereinten Nationen	1112
2. Hoffnung auf eine „neue Weltordnung“	1113

Inhaltsverzeichnis

III. Mitglieder der Vereinten Nationen	1114
IV. Aufgaben der Vereinten Nationen	1114
V. Organe und Sonderorganisationen der Vereinten Nationen	1115
1. Hauptorgane	1115
a) Generalversammlung	1115
b) Sicherheitsrat	1116
c) Wirtschafts- und Sozialrat	1117
d) Treuhandrat	1117
e) Internationaler Gerichtshof	1117
f) Sekretariat	1117
2. Nebenorgane	1118
3. Sonderorganisationen	1118
4. Vertragsorgane	1118
VI. Mitarbeit von Nichtregierungsorganisationen	1119
VII. Rolle Deutschlands in den Vereinten Nationen	1119
1. Entwicklung	1119
2. Verfassungsrechtliche Grundlagen	1119
C. Deutschland in der Weltwirtschaftsordnung	1120
I. Internationaler Währungsfonds	1120
II. Weltbank	1120
III. Welthandelsorganisation	1121
1. Entwicklung und Aufgaben	1121
2. Rechtliche Grundlagen und Prinzipien	1121
3. Organe	1122
4. Verfahren	1122
D. Deutschland in der NATO	1122
I. Entwicklung	1122
II. Aufgaben der NATO	1123
III. Organe der NATO	1124
E. Deutschland im Europarat	1124
I. Allgemeines	1124
II. Aufgaben und Befugnisse	1125
III. Organe	1125

§ 37. Menschenrechtsschutz

A. Allgemeines	1126
I. Entwicklung des Menschenrechtsschutzes	1126
II. Probleme	1128
B. Universeller Menschenrechtsschutz	1130
I. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte	1130
II. Internationale Pakte von 1966	1130
III. Weitere universelle Konventionen zum Schutz der Menschenrechte	1131
C. Regionaler Menschenrechtsschutz	1131
I. Menschenrechtsschutz in Europa	1131
1. Europäische Menschenrechtskonvention	1132
2. Europäische Sozialcharta	1133
3. OSZE	1133
II. Menschenrechtsschutz in Amerika	1134
III. Menschenrechtsschutz in Afrika	1135
IV. Menschenrechtsschutz in arabischen Ländern	1136

§ 38. Ausblick 1137

Inhaltsverzeichnis

3. Kapitel. Bezüge zum Europarecht

§ 39. Entwicklung und Gegenwart der Europäischen Integration

A. Ideengeschichtliche Herkunft	1142
B. Entwicklung zu den Europäischen Gemeinschaften	1143
I. Ausgangsüberlegungen	1143
II. Erste Schritte	1143
III. Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaften	1144
C. Erweiterungen und Veränderungen der EG/EU	1146
I. Erweiterungen der EG/EU	1146
II. Änderungsverträge	1147
1. Fusionsvertrag	1147
2. Finanzreform	1147
3. Direktwahlen des Europäischen Parlaments	1148
4. Einheitliche Europäische Akte	1148
D. Gründung und Fortentwicklung der Europäischen Union	1149
I. Vertrag von Maastricht	1149
II. Vertrag von Amsterdam	1150
III. Vertrag von Nizza	1151
IV. Gescheiterter Vertrag über eine Verfassung für Europa	1152
V. Vertrag von Lissabon	1153
E. Gegenwärtiger Status der Europäischen Union	1156
I. Organisierte Supranationalität	1156
II. Werte und Ziele der Union.....	1157
III. Demokratieverstärkung	1159

§ 40. Strukturen und Organe der EU

A. Strukturen und Rechtsnatur der Europäischen Union	1160
I. Übersicht	1160
II. Strukturmodell	1161
1. Bisheriges Recht	1161
2. Rechtslage nach dem Vertrag von Lissabon	1162
III. Rechtsnatur der Europäischen Gemeinschaften/Europäischen Union	1162
1. Bisherige Rechtslage	1162
a) Europäische Gemeinschaften	1162
b) Europäische Union bis zum Vertrag von Lissabon	1162
2. Rechtslage nach dem Vertrag von Lissabon	1163
B. Organisationsstruktur der Europäischen Gemeinschaften/Europäischen Union	1163
I. Grundsätzliches	1163
1. Bisherige Rechtslage	1163
2. Rechtslage nach dem Vertrag von Lissabon	1164
II. Organe der Europäischen Gemeinschaften/Europäischen Union	1164
1. Übersicht	1164
2. Europäisches Parlament	1164
a) Zusammensetzung und allgemeine Bedeutung	1164
b) Organisation	1166
c) Aufgaben und Befugnisse	1167
d) Beschlussfassung	1168
3. Rat	1169
a) Stellung und Zusammensetzung	1169
b) Organisation	1170
c) Aufgaben und Befugnisse	1170

Inhaltsverzeichnis

d) Beschlussfassung	1171
aa) Bisherige Rechtslage	1171
bb) Rechtslage nach dem Vertrag von Lissabon	1171
4. Europäischer Rat	1172
a) Zusammensetzung und allgemeine Bedeutung	1172
b) Organisation und Beschlussfassung	1172
aa) Bisherige Rechtslage	1172
bb) Rechtslage nach dem Vertrag von Lissabon	1173
c) Aufgaben und Befugnisse	1174
aa) Bisherige Rechtslage	1174
bb) Rechtslage nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon	1174
5. Europäische Kommission	1175
a) Allgemeine Bedeutung und Zusammensetzung	1175
b) Organisation	1175
c) Aufgaben und Befugnisse	1176
d) Beschlussfassung	1177
6. Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik	1177
7. Gerichtshof	1178
a) Stellung, Aufgaben und Verfahrensregelungen	1178
b) EuGH	1179
c) EuG	1180
d) Gerichtliche Kammern/Fachgerichte	1180
8. Europäischer Rechnungshof	1181
9. Europäische Zentralbank	1182
III. Sonstige Einrichtungen	1182
1. Wirtschafts- und Sozialausschuss	1183
2. Ausschuss der Regionen	1183
3. Europäische Investitionsbank	1184
4. Europäische Ämter und Agenturen	1184

§ 41. EU als Rechtsgemeinschaft/Rechtsunion

A. Allgemeines	1186
B. Rechtsquellen des Europarechts	1186
I. Allgemeines	1186
II. Primäres Gemeinschaftsrecht/Unionsrecht	1187
III. Allgemeine Rechtsgrundsätze	1187
IV. Sekundäres Gemeinschaftsrecht/Unionsrecht	1188
V. Tertiäres Gemeinschaftsrecht/Unionsrecht	1189
VI. Soft-Law	1189
C. Rechtsetzung in der Gemeinschaft/Europäischen Union	1190
I. Handlungsformen	1190
1. Verordnungen	1190
2. Richtlinien	1191
a) Struktur	1191
b) Anforderungen an die Umsetzung	1191
c) Ummittelbare Wirkungen von Richtlinien	1192
3. Beschlüsse/Entscheidungen	1193
4. Empfehlungen und Stellungnahmen	1193
5. Sonstige Rechtsakte	1193
II. Rechtsetzungskompetenzen	1194
1. Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	1194
2. Ungeschriebene Rechtsetzungsbefugnisse	1195
3. Lückenfüllungsermächtigung	1196

Inhaltsverzeichnis

4. Zuständigkeitsarten und -bereiche	1197
a) Bisherige Rechtslage	1197
b) Rechtslage nach dem Vertrag von Lissabon	1197
5. Subsidiaritätsprinzip	1198
6. Verhältnismäßigkeitsprinzip	1200
III. Rechtsetzungsverfahren	1201
1. Bisherige Rechtslage	1201
a) Übersicht	1201
b) Initiativrecht	1201
c) Anhörungsverfahren	1201
d) Verfahren der Zusammenarbeit	1202
e) Mitentscheidungsverfahren	1202
2. Rechtslage nach dem Vertrag von Lissabon	1203
a) Übersicht	1203
b) Initiativrecht	1203
c) Ordentliches Gesetzgebungsverfahren	1203
d) Besondere Gesetzgebungsverfahren	1204
e) Vertragsänderungsverfahren	1204
f) Sonstige Rechtsetzungsverfahren	1205
IV. Formerfordernisse	1206
1. Begründungspflicht	1206
2. Unterzeichnung, Veröffentlichung, Bekanntgabe	1206
V. Inkrafttreten	1207
VI. Materielle Anforderungen	1207
VII. Auslegung von Gemeinschaftsrecht/Unionsrecht	1209
1. Allgemeines	1209
2. Wörtliche Auslegung	1209
3. Systematische Auslegung	1210
4. Subjektive-genetische Auslegung	1210
5. Teleologische Auslegung	1210
6. Sonstige Auslegungsmethoden	1211
D. Vollzug des Gemeinschaftsrechts/Unionsrechts	1211
I. Gemeinschafts-/Unionseigener Vollzug	1211
II. Vollzug durch die Mitgliedstaaten	1212
1. Allgemeines	1212
2. Unmittelbarer mitgliedstaatlicher Vollzug	1213
3. Mittelbarer mitgliedstaatlicher Vollzug	1213
4. Finanzielle Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern beim Vollzug	1214
III. Gewährleistung des ordnungsgemäßen mitgliedstaatlichen Vollzugs	1214
1. Allgemeines	1214
2. Staatshaftung der Mitgliedstaaten für Gemeinschaftsrechts-/ Unionsrechtsverstöße	1215
a) Grundsätzliches	1215
b) Staatshaftung für Gesetzgebungsakte und für Verwaltungs- handeln	1215
c) Staatshaftung für fehlende Umsetzung von Richtlinien	1216
d) Geltendmachung	1216
3. Überwachung des Vollzugs durch die Europäische Union	1217
4. Überwachung des Vollzugs durch andere Mitgliedstaaten	1217
E. Rechtsschutz im Gemeinschaftsrecht/Unionsrecht	1217
I. Europäischer Gerichtshof und Europäisches Gericht	1217
1. Institutioneller Aufbau	1217

Inhaltsverzeichnis

2. Wichtige Verfahrensarten	1218
a) Vertragsverletzungsverfahren	1218
b) Nichtigkeitsklage	1218
c) Untätigkeitsklage	1219
d) Schadensersatzklage	1220
e) Vorabentscheidungsverfahren	1220
f) Vorläufiger Rechtsschutz	1222
II. Mitgliedstaatliche Gerichte	1223
§ 42. Europäisches Recht und mitgliedstaatliches Recht	
A. Geltung und Rang des europäischen Rechts im mitgliedstaatlichen Recht	1225
I. Allgemeines	1225
II. Geltungsgrund des europäischen Rechts in den Mitgliedstaaten	1226
1. Auffassung des EuGH	1226
2. Auffassung des Bundesverfassungsgerichts	1227
III. Rangverhältnis zwischen europäischem Recht und mitgliedstaatlichem Recht	1228
1. Auffassung des EuGH	1228
2. Auffassung des Bundesverfassungsgerichts	1229
a) Verhältnis zum einfachen Recht	1229
b) Verhältnis zum Verfassungsrecht	1230
B. Grundrechtsschutz gegenüber europäischem Sekundär- und Tertiärrecht	1231
I. Sichtweise des EuGH	1232
1. Grundsatz: Prüfungsbefugnis der mitgliedstaatlichen Gerichte, aber Verwerfungsmonopol des EuGH	1232
2. Ausnahme: Aussetzungsbefugnis nationaler Gerichte im vorläufigen Rechtsschutz	1233
II. Sichtweise des Bundesverfassungsgerichts	1234
C. Kompetenzüberschreitung, „ultra vires“-Akte	1237
D. Verfassungsmäßigkeitskontrolle deutscher Umsetzungsakte	1239
E. Prozessuale Konsequenzen	1239
I. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen von Verfassungsbeschwerden und konkreten Normenkontrollanträgen	1239
II. Bedeutung des Vorlageverfahrens nach Art. 234 EGV/Art. 267 AEUV	1240
III. Verletzung der Vorlagepflicht	1240
1. Gemeinschaftsrechtliche/unionsrechtliche Konsequenzen	1240
2. Verfassungsrechtliche Konsequenzen	1240
§ 43. Europäische Integration und Grundgesetz	
A. Allgemeines	1243
B. Gründungsverträge als völkerrechtliche Verträge	1244
C. Europäischen Gemeinschaften/Europäische Union als zwischenstaatliche Einrichtungen	1245
D. Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Europäische Integration	1245
I. Allgemeines	1245
1. Übersicht über Art. 23 GG	1245
2. Ausgestaltung durch das Lissabon-Urteil des Bundesverfas- sungsgerichts	1247
a) Inhalt des Urteils	1247
b) Gesetzliche Folgeänderungen	1248

Inhaltsverzeichnis

II. Formelle Voraussetzungen	1249
1. Zustimmungsgesetz (Art. 23 Abs. 1 S. 2 und 3 GG)	1249
a) Allgemeines	1249
b) Einfache Mehrheit (Art. 23 Abs. 1 S. 2 GG)	1250
c) Zweidrittelmehrheit (Art. 23 Abs. 1 S. 3 GG)	1250
2. Freigabebeschlüsse des Bundestages	1251
3. Zustimmungsbeschlüsse des Bundesrats	1251
4. Sonstige Mitwirkung von Bundestag, Bundesrat und Bundes- ländern	1251
a) Bundestag	1251
b) Bundesrat und Bundesländer	1252
5. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen formelle Voraussetzungen ...	1254
6. Subsidiaritätsrüge und Subsidiaritätsklage	1254
III. Materielle Voraussetzungen	1254
1. Strukturelle Gleichwertigkeit (Art. 23 Abs. 1 S. 1 GG)	1254
a) Allgemeines	1254
b) Rechtsstaatliche Grundsätze	1255
c) Demokratische Grundsätze	1255
d) Soziale Grundsätze	1256
e) Föderative Grundsätze	1257
f) Subsidiaritätsprinzip	1257
g) Vergleichbarer Grundrechtsschutz	1258
2. Absolute Grenzen (Art. 23 Abs. 1 S. 3 i. V.m. Art. 79 Abs. 3 GG)	1259
3. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen materielle Vorgaben	1259
E. Subsidiaritätsklage (Art. 23 Abs. 1 a GG)	1260
§ 44. Ausblick	1261
Sachverzeichnis	1267

beck-shop.de